

Bremen und Bremerhaven

*Lebendig,
solidarisch und
weltoffen*

**Programm zur Bürgerschaftswahl
am 6. Juni 1999**

SPD
Bremen

C 99 - 03190

C 99 - 03190

**Beschluß des Landesparteitages der SPD
vom 27. Februar 1999**

Herausgeber:
SPD-Bremen
Findorffstraße 108
28215 Bremen
Fon 0421 / 3 50 18-12 / 18
Fax 0421 / 37 59 55



e-mail
spd-hb1@bre.ipnet.de

internet
www.spd-bremen.de

Unsere Ziele	6
I. Neue Arbeit schaffen - den Strukturwandel der Wirtschaft beschleunigen	7
A. Wirtschaftspolitische Kompetenz ausbauen	7
1. Erhalt und Ausbau der vorhandenen lokalen Kernkompetenzen zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis unseres Zwei-Städte-Staates	9
2. Kernaufgabe zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur ist die Förderung der Informations- und Kommunikationswirtschaft und des Dienstleistungsgewerbes	10
3. Ausbau der touristischen Infrastruktur	11
4. Stärkung der Hafenverkehrswirtschaft und der international ausgerichteten Logistikdienstleistungen	12
5. Grundlage vorausschauender Wirtschaftsstrukturpolitik ist eine bedarfsgerechte Flächenpolitik	14
6. Stärkung von mittelständischem Gewerbe, Existenzgründungen und dem Handwerk	15
B. Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsoffensive fortsetzen	17
1. Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	17
2. Neuverteilung von Arbeit	18
3. Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Förderung der Berufstätigkeit von Frauen	19
4. Arbeit statt Sozialhilfe	20
5. Bekämpfung der illegalen Beschäftigung	20
II. Zukunftsfähigkeit herstellen - neue Wachstumsfelder eröffnen	22
A. Zukunft findet in den Köpfen statt	22
B. Bildung	23
1. Zukunft durch Bildung	23
2. Chancengleichheit schaffen und sichern	24
3. Zuverlässige Betreuung	25
4. Schlüsselqualifikationen und Kernkompetenzen vermitteln	25
5. Schule weiterentwickeln	26
C. Weiterbildung	26
D. Wissenschaft	27
1. Die Zukunftsfähigkeit unseres modernen Zwei-Städte-Staates sichern	28
2. Chancengleichheit ermöglichen und Qualifikation verbessern	29
3. Wissenschaftstransfer	30
4. Strukturwandel unterstützen	30
5. Die internationale Dimension stärken	31
6. Anerkannte Schwerpunktfelder fördern	32
7. Effizienz steigern	33
E. Kultur	33
1. Kultur in einer modernen Gesellschaft	33
2. Für eine Stärkung der Bremer und Bremerhavener Kulturlandschaft	34
F. Medien	35

III.	<i>Nachhaltige Stadtentwicklung als unverzichtbarer Bestandteil einer Wachstumsgesellschaft</i>	37
A.	Wohnen - einen sozialen Grundwert sichern!	37
1.	Sozialen Wohnungsbau sichern und weiterführen:	38
2.	Kommunalen Einfluß auf städtische Wohnungsbaugesellschaften wahren	39
3.	Wohnungseigentum für Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen	39
4.	Flächen für Wohnungsneubau einschließlich der erforderlichen Infrastruktur bereitstellen	39
5.	Innenentwicklung und „Stadt am Fluß“ verwirklichen	40
6.	Innenstadt als ökonomisches und urbanes Zentrum stärken	40
7.	Wohnen an den ÖPNV-Achsen	41
8.	„Bremer Haus fördern“	41
9.	Kleingartengebiete für die innerstädtische Erholung bewahren	41
B.	Effiziente und umweltgerechte Verkehrspolitik	42
1.	Anforderungen an eine moderne Verkehrsinfrastruktur	42
2.	Gutes ÖPNV-Angebot weiter ausbauen	43
3.	Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Taxiverkehre verbessern	44
4.	Die Weser als Verkehrsachse nutzen	44
C.	Gewerbeflächenpolitik im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Nachhaltigkeitsgrundsatz	45
D.	Umweltschutzziele für Bremen und Bremerhaven	48
1.	Den Agenda 21-Prozeß fördern	48
2.	Altlasten sanieren, Bodenschutz verbessern	48
3.	Der Eintrag gefährlicher Stoffe muß weiter reduziert werden	49
4.	Vor Lärm schützen	49
5.	Feuchtwiesen schützen und Flußniederungen entwickeln	49
6.	Innerstädtische Grünanlagen weiterentwickeln und sanieren	49
7.	Integrierten Umweltschutz aktivieren; Anreize für Umweltmanagementsysteme geben	50
8.	Klimaschutz und CO ₂ -Minimierung als zentrale Aufgaben städtischer Umweltpolitik	50
9.	Wasser als kostbares Lebensmittel schützen und nachhaltig nutzen	51
IV.	<i>Chancengleichheit für alle Menschen - Initiativen für das Miteinander in unseren Städten</i>	52
A.	Soziale Integration in der Stadt	53
1.	Armut verringern - Ausstiege aus der Sozialhilfe fördern	53
2.	Soziale Infrastruktur in den Stadtteilen stärken	54
3.	Kinder- und Jugendpolitik	55
4.	Bremen und Bremerhaven - behindertengerechte Städte	56
5.	Seniorenpolitik - für ein lebenswertes Alter	57
6.	Integration - Ziel sozialdemokratischer Migrationspolitik	58
7.	Gleichstellung homosexueller Menschen	59
B.	Sport in Gesellschaft und Schule fördern	60
C.	Gesundheitspolitik	61
V.	<i>BürgerInneninteressen engagiert vertreten – der Staat als moderner Dienstleister</i>	65
A.	Demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern	65
1.	Bürgerrechte und Parlamentsreform	65
2.	Beiräte und Ortsämter	65
3.	Datenschutz	66

B. Innere Sicherheit und Justiz	66
1. Prävention	66
2. Polizei	67
3. Strafverfahren	68
4. Täter-Opfer-Ausgleich, Hilfe für Opfer	68
5. Strafvollzug	69
6. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	69
VI. Die Selbständigkeit Bremens sichern	71
A. Die Sanierungsabkommen als politische Herausforderung	71
B. Sanierungsabkommen und Eigenbeitrag	72
C. In Partnerschaft für einen modernen Staat	73
D. Engere Zusammenarbeit in der Nordwest-Region	76
E. Bremen in Europa	77
Index	79

Unsere Ziele

Bremen und Bremerhaven - lebendig, solidarisch und weltoffen. Das sind die Leitziele des sozialdemokratischen Programms für die Bürgerschaftswahlen am 6. Juni. Mit ihnen wollen wir die Weichen stellen: Für die Zukunft beider Städte, unseres Landes Bremen in Deutschland und Europa, am Vorabend und Beginn des neuen Jahrhunderts.

Im einzelnen streben wir an:

- Wir wollen Arbeit halten und neu schaffen und Einkommen in der Region sichern. Dabei müssen die Prinzipien nachhaltigen Wachstums überall Eingang finden.
- Die berufliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist in allen Bereichen voranzubringen.
- Unseren Kindern haben wir eine gute Ausbildung und berufliche Perspektive zu sichern. Weiterbildung muß allen beim Sprung ins Informationszeitalter offen stehen.
- Den Sozialstaat werden wir weiter auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit umbauen. Ältere Menschen, ausländische Mitbürger, Benachteiligte anderer Gruppen haben Anspruch auf besonderen Schutz.

Uns ist bewußt: Jedes dieser Ziele muß mit den anderen verknüpft werden. Keines ist durch Stillstand zu erreichen. Verlangt ist vielmehr, sich dem stürmischen Wandel von Wissen, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft unserer Zeit zu öffnen. Nur indem wir uns hierauf einlassen, gewinnen wir Chancen politischer Gestaltung. In diesem Sinne verstehen wir Innovation als Bedingung sozialdemokratischer Praxis.

Wir stellen uns den neuen Herausforderungen mit vielen konkreten Vorschlägen. Unsere Perspektiven sind bürgernah, tragfähig und realistisch. Aber sie behalten auch die ökologischen und sozialen Vorstellungen von einer gerechteren Welt im Auge, die unserer Tradition entsprechen. Für beides werben wir um Zustimmung, kritische Begleitung und Mitarbeit unserer Mitbürger.

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir gezeigt, daß Bremen imstande ist, seinen wirtschaftlichen Rückstand im Vergleich zu anderen Bundesländern aufzuholen. Die finanziellen Hilfen von Bund und Ländern haben dazu ebenso beigetragen wie eigene Anstrengungen aller Bremer und Bremerhavener. Die Zeichen des Aufbruchs sind unübersehbar.

Wir wollen mit diesem Programm umreißen, wie der von uns eingeschlagene Weg erfolgreich fortgeführt werden kann. Wir wissen uns dabei mit den grundlegenden Zielsetzungen der neuen Bundesregierung einig und erwarten von ihrer Arbeit einen günstigeren Rahmen auch für das Land Bremen.

Ω

Bremen wählt am 6. Juni mit dem Landesparlament zugleich seine kommunale Vertretung. Dieses Programm enthält deshalb auch Aussagen zu stadtbremischen Themen. Für die Kommunalwahl in Bremerhaven am 26. September wird die SPD ein gesondertes Programm auflegen.

Dieses Programm wird ergänzt und konkretisiert durch den Bremen-Nord-Plan 2003.

I. Neue Arbeit schaffen - den Strukturwandel der Wirtschaft beschleunigen

Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze sichern - das steht im Mittelpunkt unseres Programms. Denn der Abbau der Arbeitslosigkeit ist der Schlüssel zur Lösung der ökonomischen, finanziellen und sozialen Probleme unseres Landes.

Unser langfristiges Ziel bleibt die Vollbeschäftigung: Wir wollen, daß jede Frau und jeder Mann eine Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz erhält.

SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998

1. Wirtschaftsentwicklung und mehr Beschäftigung im Land Bremen schaffen die Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt unseres Gemeinwesens, für die Gestaltungsspielräume der Landespolitik und für die politischen Perspektiven als Bundesland. Der wirtschaftliche Strukturwandel hat in den vergangenen Jahren, unterstützt durch das Investitions Sonderprogramm des Senats, in Bremen und Bremerhaven wichtige Fortschritte gemacht. Beim Wirtschaftswachstum gehört Bremen wieder zur Spitze unter den Bundesländern, weil wesentliche Eigenanstrengungen in Bremen und Bremerhaven unternommen wurden.

Dieses Wirtschaftswachstum hat allerdings noch nicht den notwendigen Zuwachs an Arbeitsplätzen gebracht. Unter der Kohl-Regierung ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf eine Rekordhöhe gestiegen. Davon ist insbesondere der Norden Deutschlands nicht verschont worden; auch in Bremen und Bremerhaven ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen. Das zentrale Sanierungsziel bleibt für uns Sozialdemokraten die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Steigerung unserer Steuereinnahmen.

2. Für die Bremer SPD ist deshalb eines völlig klar: **Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Schaffung neuer, sicherer Arbeitsplätze! Wachstumstrends müssen in Arbeitsplätze umgesetzt werden. Bremer und Bremerhavener Firmen müssen Umsatzerfolge in Beschäftigung und zusätzliche Ausbildungsplätze münden lassen. Schon zu Beginn dieses Jahres hat der Senat unter sozialdemokratischer Federführung hierfür einen neuen Anlauf für ein „Bremisches Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ gestartet.**

A. Wirtschaftspolitische Kompetenz ausbauen

3. Regionale Wirtschaftsstrukturpolitik soll Bremen und Bremerhaven zu einem attraktiven Standort für neue und für die ansässigen Unternehmen machen, den Mittelstand stärken und den Strukturwandel zu einem modernen Technologie- und Logistikstandort beschleunigen und fördern. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik will so-

zialversicherungsspflichtige und umweltgerechte Beschäftigung befördern. Wirtschaftswachstum soll den Grundsätzen der Nachhaltigkeit genügen und umweltpolitisch verträglich sein - Ökologie und Ökonomie bilden einen untrennbaren Zusammenhang.

4. Mit dem Investitionssonderprogramm und dem wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm verfügt das Land über gute Handlungsmöglichkeiten. Eine effektiv organisierte Wirtschaftsförderungspolitik wollen wir nach der vollzogenen Neuordnung der Landesentwicklung durch die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) und ihre Töchter schaffen. Hierzu gehört für uns auch eine wirkliche Erfolgskontrolle der wirtschaftsfördernden Aktivitäten.

5. Regionale Wirtschaftsstrukturpolitik muß die verbliebenen Strukturschwächen überwinden und sich neuen globalen Trends stellen. Nur so kann sich das Land Bremen als Standort besonders im Vergleich zu seinen überregionalen Wettbewerbern erfolgreich als Oberzentrum behaupten. In diesem Zusammenhang werden wir der Wirtschaft alle erforderlichen Hilfestellungen bei der Währungsumstellung auf den Euro geben und für eine reibungslose Einführung der neuen europäischen Währung in allen Landesbehörden sorgen. Eine energische und aktive Wirtschaftsstrukturpolitik muß dafür sorgen, eine nachhaltige Erneuerung der Wirtschaftsstruktur zu erreichen.

Wir wissen:

- Der Strukturwandel zu mehr Dienstleistungen und starker Beschäftigung im Informations- und Kommunikationssektor geht weiter. Hier müssen neue Anstrengungen unternommen werden und mehr Arbeitsplätze entstehen.
- Die wirtschaftliche Integration durch den europäischen Binnenmarkt und die Einführung des Euro sowie die zunehmende Globalisierung der Unternehmen werden zusätzlichen Druck auf den Strukturwandel ausüben.
- Gleichzeitig werden mehr Kompetenzen der nationalen Wirtschafts- und Verkehrspolitik in den nächsten Jahren nach Brüssel verlagert.

6. Diese wirtschaftlichen Entwicklungen und ihre infrastrukturellen Anforderungen führen zu einer weiteren Vernetzung der Wirtschafts- und Hafenpolitik. Hafenpolitik ist Wirtschaftspolitik. Beide Bereiche brauchen daher mit dem Ziel der Effizienzsteigerung von Politik und Verwaltung im Land Bremen eine Zusammenfassung der Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen mit einer eigenständigen Außenvertretung für die Hafen- und Außenwirtschaftspolitik. Im übrigen wird das die Abstimmungen mit der Arbeitsmarktpolitik erleichtern.

Unsere Ziele wollen wir in **Bremen und Bremerhaven** durch folgende Schwerpunkte erreichen:

1. Erhalt und Ausbau der vorhandenen lokalen Kernkompetenzen zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis unseres Zwei-Städte-Staates

7. Luft- und Raumfahrt, Automobilbau, Stahl, Elektrotechnik und die Nahrungsmittelindustrie sowie Schiffbau und -reparatur sind zentrale industrielle Kerne der Wirtschaft unseres Landes. Handwerk und Mittelstand sind die Stützen unserer Wirtschaft. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungskraft dieser Bereiche mit Hilfe von Kooperationen zwischen Privatindustrie und Universitäts- und Hochschulinstituten gezielt stärken. Vordringlich ist hierbei der Aufbau eines Betriebs- und Nutzungszentrums für eine internationale Raumstation zur Sicherung des Raumfahrtstandortes Bremen sowie die Tragwerks- und Materialtechnologieentwicklung in der Luftfahrtindustrie.

8. Mit einem Innovations- und Diversifizierungsprogramm wollen wir die industrielle Modernisierung vorantreiben. Auf Grundlage mittelfristiger Entwicklungskonzepte der Unternehmen wollen wir dafür Projektförderungen, Vermarktungshilfen, Organisationsentwicklung, Qualifizierungen und Ausgründungen unterstützen. Hiermit wollen wir verstärkt auch an der Förderung von Rüstungskonversion festhalten. „Rüstungskonversion wird auch als bundespolitische Aufgabe und Element regionaler Strukturpolitik begriffen“ (Bonner Koalitionsvertrag).

9. Die regionale Energiewirtschaft mit den Stadtwerken Bremen und Bremerhaven hat für uns eine hohe struktur- und beschäftigungspolitische Bedeutung. Wir wollen, daß die Kapazitäten und Arbeitsplätze in diesen Unternehmen gesichert werden. Wir werden weiterhin unter den Rahmenbedingungen des liberalisierten europäischen Energiemarktes in Bremen und Bremerhaven Energiepolitik aktiv gestalten. Die Energieversorgungsstrukturen sowie die verbleibende Eigenerzeugung von Energie müssen so ausgestaltet werden, daß der bundesweit vorgesehene Ausstieg aus der Atomenergie unterstützt wird. Die Stadtwerke müssen sich weiter zu einem Energiedienstleistungs- und Infrastrukturunternehmen mit neuen Geschäftsfeldern und einem zukunftsfähigen Unternehmenskonzept entwickeln. Umstrukturierungen müssen sozialverträglich erfolgen und so gestaltet werden, daß möglichst viele Arbeitsplätze gesichert werden.

10. Wir werden durch Neuansiedlungen und -entwicklungen das bremische Wirtschaftsprofil auch in **ökologischer Hinsicht** schärfen. Die Umsetzung der Agenda 21 bleibt bei uns „Chefsache“. Umwelttechnologie-Förderung ist aktive Wirtschaftspolitik, die wir mit geeigneten Pilotprojekten für umweltverträgliches Wirtschaften fortsetzen werden. Die Ansiedlung von Unternehmen der Solarwirtschaft soll ein Ziel der Wirtschaftsförderung werden.

11. Die SPD setzt sich weiterhin für den Erhalt der noch vorhandenen Werftkapazitäten in Bremerhaven ein. Die Standorte für Neubau, Reparatur und Umbau sind für Bremerhaven sehr wichtig. Die Bremerhavener Werften müssen die gleichen Ausgangsvoraussetzungen bekommen wie in den anderen Ländern der EU.

2. Kernaufgabe zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur ist die Förderung der Informations- und Kommunikationswirtschaft und des Dienstleistungsgewerbes

12. Wissenschaft und Forschung werden wir als modernes Fundament für eine nachhaltige Standortentwicklung mit dem Investitionssonderprogramm weiter zügig ausbauen. Erweiterung der Bremer Universität, die stadtorientierte Erweiterung des Technologieparkes, die beschleunigte Weiterentwicklung der Hochschulen Bremen und Bremerhaven sowie schließlich die Gründung einer internationalen Universität in Bremen Grohn unterstreichen die besonderen Anstrengungen. Bremen soll national und international bekannter werden, und die Wirtschaft durch ein Angebot qualifizierter Absolventen, durch anwendungsorientierte Forschung und gegenseitigen Wissenstransfer unterstützen.

13. Die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien wird wesentlicher Schwerpunkt der Wirtschaftsstrukturpolitik der SPD. Bremen und Bremerhaven entwickeln schrittweise ihre Stärken in diesem Sektor. Um den weiteren Strukturwandel in dieser Richtung zu beschleunigen, werden wir auf der Grundlage des BRISE - Aktions- und Strategieplans ein Landesprogramm „Infor-mations- und Mediennutzung“ schaffen.

- Die Mittel sollen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen sowie Neugründungen zugute kommen. Die Telekommunikationsinfrastruktur soll ausgebaut werden.
- Durch Förderung im Hafen- und Logistiksektor wollen wir internationale IuK-Dienstleistungen als einen Schwerpunkt herausbilden und so die Stärken des Standortes Bremen ausbauen.
- Bei der Anpassung der innerbetrieblichen Organisation und Qualifikation werden wir Unterstützung anbieten. Schließlich erwarten wir aus der gezielten Ansiedlung spezialisierter Dienstleister (z.B. Call Center) neue Beschäftigungschancen, die zukünftig tariflich abgesichert und mit einem anerkannten Berufsbild versehen werden müssen.
- In Bremerhaven werden wir das erfolgreiche Multimedia-Zentrum weiter ausbauen. Das Landesbreitbandnetz wird weiter der aktuellen Entwicklung angepaßt.
- Verstärkt fördern wollen wir Aktivitäten, die die Anwendungsfelder der neuen Medien erweitern, den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen sowie die Kompetenz zur Teilhabe an den neuen Kommunikationschancen steigern.

Mit verschiedenen Entwicklungsgesellschaften bietet das Land einen erfolgversprechenden institutionellen Rahmen. Zur Erhöhung der Durchschlagskraft der Multimedia-Politik sollen auch die politischen Zuständigkeiten und Kompetenzen gebündelt werden.

14. Insbesondere zur Stärkung des Dienstleistungssektors wollen wir eine **Optimierung des Existenzgründungsprogramms** mit unbürokratischen Beratungsstrukturen im Verein mit einer verstärkten Bereitstellung von Risikokapital und Qualifizierungsmöglichkeiten. Beachtung soll in der Beratung dabei verstärkt die Vorbeugung gegen Insolvenzen erhalten. Dabei wollen wir die Existenzgründung von Frauen durch ein spezifisches Beratungs- und Weiterbildungsangebot und durch einen Existenzgründungsfonds für Frauen besonders unterstützen. Hochwertige Büro- und Werkstatträume mit guter Ausstattung wie im BITZ und BRIG werden wir weiter bereitstellen. Wichtige Unterstützung in der zielgruppenorientierten Gründungsförderung leistet weiterhin die Starthilfeunterstützung durch die bremische Arbeitsmarktpolitik, die fortgesetzt werden soll.

15. Im Bereich **Gesundheit/Pflege/Haushalt** entstehen durch die Altersentwicklung, durch den medizinischen Fortschritt, steigendes Gesundheitsbewußtsein und die rechtliche Absicherung der Pflege Nachfragepotentiale, die zur Stärkung der Wirtschaftskraft genutzt werden sollen:

- Ein Landesprogramm „Innovation im Bereich Gesundheit und Pflege“ soll die Grundlage für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Anwendung sowie Unternehmensansiedlung in diesem Bereich schaffen.
- Mit der Unterstützung dezentraler Dienstleistungsagenturen wollen wir das Angebot personenbezogener und haushaltsnaher Dienste auf professioneller Grundlage stärken und gleichzeitig sozialversicherte Arbeitsplätze in diesen Branchen unterstützen, bei denen die üblichen rechtlichen Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bestehen.

3. Ausbau der touristischen Infrastruktur

16. Die SPD wird die schon bisher erfolgreich eingeleitete **Förderung des Tourismus** weiterführen. So wollen wir die oberzentrale Funktion beider Städte stärken und zusätzliche Beschäftigung schaffen. Den notwendigen Anpassungsprozeß in den Innenstädten Bremens und Bremerhavens sowie in den Nebenzentren werden wir aktiv unterstützen. Der Space-Park in Bremen und der Ocean-Park in Bremerhaven sind die Schlüssel-Vorhaben dieser Politik. In beiden Städten werden wir durch große Infrastrukturvorleistungen die Voraussetzungen zur Realisierung der Parks schaffen. Der Betrieb ist einzig Sache der privaten Investoren, ein öffentliches Betreiberrisiko lehnt die SPD ab.

In Bremen wird mit dem Space-Park auch der Bogen für die Stadtentwicklung zu der traditionsreichen, historisch gewachsenen Innenstadt in Bremen, ihrer Pflege und Sanierung, einem wohlorganisierten Messewesen gespannt. Mit dem Bau des Space-Parks wird die Anziehungskraft Bremens als touristisches Reiseziel, Tagungs- und Messestandort erhöht. Hierfür müssen leistungsgerechte Verkehrsanbindungen einschließlich des ÖPNV und der Nutzung der Weser geschaffen werden.

Bremerhaven wird mit dem Ocean-Park, dem „Zoo am Meer“ und dem Auswanderermuseum sein touristisches Profil als „Stadt am Meer“ stärken. Mit dem Tourismus soll ihm der Einstieg in den Ausbau der Dienstleistungen gelingen. Die Nordseite des alten Fischereihafens wird weiterentwickelt. Hier soll ein Branchen-Mix aus touristischen Maßnahmen und die Möglichkeit von Forschung und Entwicklung für neue Aktivitäten sorgen. Durch die Umstrukturierung der alten Slip-Anlage von SSW soll eine historische Werft entstehen.

Bremen-Nord wird zu einer „Stadt am Fluß“ mit einem neuen Schwerpunkt als Einkaufs- und Erlebnisstadt `Haven Höövt´ direkt an der Weser und der `gläsernen Werft´ und einem Naturpfad an der Weser bis nach Farge. Von der beschleunigten Entwicklung attraktiver Angebote in Freizeit und Tourismus erwarten wir uns eine deutliche Stärkung der privaten Dienstleistungen. Mit der Beteiligung an der EXPO 2000 wird die Vermarktung der touristischen Infrastruktur im Land Bremen einen wichtigen Anstoß erhalten.

4. Stärkung der Hafenverkehrswirtschaft und der international ausgerichteten Logistikdienstleistungen

17. Etwa 80.000 Menschen finden Arbeit in den bremischen Häfen und den ihnen zugeordneten Aktivitäten von der Spedition bis zur Telematikdienstleistung. Weitere 60.000 Arbeitsplätze werden in der Region und an anderen Wirtschaftsstandorten durch die bremischen Hafenaktivitäten gesichert. Mit der Neuordnung der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) und der Gewinnung neuer Umschlaggeschäfte ist die Bedeutung der Häfen für das Land Bremen wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein gedrungen. Insbesondere der Container- und Automobilumschlag zeigen, daß es sich um einen dynamischen Wachstumsmarkt handelt. Wir werden deshalb den Ausbau moderner hafenbezogener Verkehrs- und Umschlagsanlagen und die öffentliche Infrastruktur weiter stärken. Im einzelnen wollen wir:

- Stärkung der Hafengruppe Bremerhaven durch den Ausbau der Containerumschlagskapazität, der Fruchturnschlagsaktivitäten und als führender Autoumschlaghafen Europas. Mit dem Bau des CT IIIa wird im Jahr 2000 begonnen. Für den weiteren Ausbau des Containerterminals wollen wir das Planfeststellungsverfahren bis 2003 abschließen. Mit der Einleitung der Planungen werden die Chancen der Realisierbarkeit dieser Ausbaustufe (CT IV) insbesondere in Hinblick auf Standorte und Standortalternativen sowie auf die bauplanungs- und naturschutzrechtlichen Fragen und die Finanzierbarkeit untersucht. Die Hafenwirtschaft werden wir bei weiteren Kooperationen mit anderen Umschlagsunternehmen, Reedereien und Hafenstandorten - global und im Unterwerraum - unterstützen.
- Profilierung der Hafengruppe Bremen für konventionelles Stückgut, Massengut und Projektgeschäfte. Zur Sicherung des Industriebhafens und der Stärkung seiner Wertschöpfung wird der Ausbau der Oslebs-

hauser Schleuse bis 2001 abgeschlossen. In den Neustädter Häfen links der Weser wollen wir das Außenhandelszentrum (AHZ) sowie daneben das Güterverkehrszentrum (GVZ) zu zentralen Standorten für Logistikkaktivitäten ausbauen und optimieren. So sollen die Umschlagskapazitäten Bremens gestärkt und bedarfsgerechte Möglichkeiten für den Kurzstreckenseeverkehr geschaffen werden.

- Die Reaktivierung der alten Hafenreviere am rechten Weserufer verfolgen wir mit dem Ziel, ihre unbestrittenen Standortvorteile für wassergebundenes Gewerbe so weit wie möglich zu nutzen, den dort tätigen Unternehmen mit insgesamt mehr als 6.000 Arbeitsplätzen Bestandsschutz und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und zugleich durch neue Erschließungsformen zur verbesserten städtebaulichen Attraktivität des Gebietes beizutragen. Daraus entsteht ein hohes Potential für zusätzliche Arbeitsplätze und weitere Nutzungen.
- Hinterlandanbindungen werden gestärkt. Hohe Bedeutung hat der ökologisch verträgliche Mittelweserausbau für das Großmotorgüterschiff. Wir drängen darauf, daß die Schleusenerweiterungen in Dörverden und Minden 2003 abgeschlossen sind. Durch die Verknüpfung der Hafentelematik mit See- und Binnenschifffahrt soll die Wettbewerbsfähigkeit des Wassertransportweges erhöht werden. Weiter werden wir uns im Bund für eine Verbesserung des Güterbahnverkehrs aus den bremischen Häfen (vor allem die Y-Trasse Bremen-Hannover-Hamburg und die Bahnstrecke Bremen-Uelzen-Stendal-Berlin) einsetzen und im Land Bremen ein bedarfsgerechtes Netz gewährleisten. Mit den Telematikdiensten werden Logistik und Warenabfluß auf technologischem Spitzenniveau durch das Land ausgebaut.
- Um im weltweiten Konkurrenzkampf in der Wachstumsbranche Seetouristik die Chancen zu verbessern, wollen wir erreichen, daß der Kreuzfahrt-Terminal Bremerhaven und der Fähranleger zu einem modernen Kreuzfahrt- und Fähr-Terminal umgebaut und mit einem neuen Nutzungskonzept unter Beteiligung privater Investoren die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlage geschaffen werden.
- Verstetigen werden wir unsere Anstrengungen in der Außenwirtschaftspolitik. Ein Drittel unseres Wirtschaftsprodukts wird hier erbracht. Neuan siedlungen in Bremen und Bremerhaven können ebenso erreicht werden wie neue Aktivitätsfelder für bremische Unternehmen auf wichtigen Exportmärkten.

Wir begrüßen die Zielsetzung der Bundesregierung, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft zu ermöglichen. Damit werden langfristig auch die Atomtransporte über die bremischen Häfen und damit verbundene Risiken für die Bevölkerung und Hafenschäftigte vermieden. Weiterhin werden wir die Sicherheitsanforderungen in den Häfen gewährleisten.

5. Grundlage vorausschauender Wirtschaftsstrukturpolitik ist eine bedarfsgerechte Flächenpolitik

18. Die SPD hat in den letzten Jahren zentrale Gewerbeflächenprojekte angestoßen. Diese Politik wollen wir fortführen und durch gezielte Außenerschließung und engagierte Innenentwicklung abrunden. Besondere Bedeutung hat für uns eine hinreichende infrastrukturelle Erschließung der Gewerbegebiete. Dazu gehört nicht nur eine Anbindung über die Straße, sondern auch mit dem ÖPNV und über die Schiene. In Bremen wollen wir folgende Vorhaben realisieren:

- Aus der Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie in der Hemelinger Marsch werden wir das von der SPD-Bürgerschaftsfraktion initiierte Euro-Zentrum-Hansalinie entstehen lassen. Hier soll ein qualifiziertes Gewerbeband an der BAB 1 entstehen, das perspektivisch auch um Wohnen ergänzt werden kann. Arbeiten, Wohnen und Landschaftsschutz sollen nebeneinander Bestand haben. Nach unseren Möglichkeiten werden wir durchsetzen, daß Betriebsansiedlungen den hohen Qualitätsanforderungen auch in baulicher und ökologischer Hinsicht genügen. In Verbindung mit einem stadtgerechten Verkehrsausbau (u.a. Autobahn-Vollanschluß in Hemelingen) werden wir auch in den angrenzenden Stadtteilen die Akzeptanz für dieses Vorhaben sichern. Die Entwicklung des Gebietes werden wir bedarfsbezogen vornehmen. Neue Teilstücke werden erst in Angriff genommen, wenn ein weiterer Bedarf nachgewiesen ist.
- Ein zentrales Vorhaben besteht in der Neunutzung der alten Hafenreviere rechts der Weser zur Erweiterung der Stadt. Dienstleistung, hafennahes und sonstiges Gewerbe und wo möglich auch Wohnen (z.B. beim Heimatstraßen-Viertel und am Weserbahnhof) und Freizeit sollen hier vorrangig durch privatwirtschaftliche Investitionen realisiert werden. Den vorhandenen Gewerbebetrieben wird von der SPD Bestandsschutz zugesichert. Fortsetzen werden wir die begonnene Re-Aktivierung des ehemaligen Vulkangeländes, auf dem wir neben der Ansiedlung klein- und mittelständischer Unternehmen auch Raum für interessante überregionale Wirtschaftsaktivitäten sichern wollen.
- Die starken Gewerbegebiete der Stadt werden wir unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und unter Wahrung aller Umweltauflagen verantwortungsvoll weiterentwickeln. Die Airport City am Flughafen erhält Erweiterungsflächen durch die Großmarktverlagerung und der Technologiepark Universität wird durch Verdichtung und Ausweitungen in Richtung Schwachhausen gestärkt. Der Bremer Industriepark an der A27/A281, in der Nachbarschaft der Stahlwerke Bremen, ist eine zweite große Schwerpunktansiedlung für industrielle und gewerbliche Nutzung. Er ergänzt als Einzugsgebiet für Arbeitskräfte und Zulieferunternehmen zwischen dem südöstlichen Bremen und dem Bremer Norden die wirtschaftliche Infrastruktur Bremens und unterstreicht die oberzentrale Arbeitsmarktfunktion in der Region.

19. Gerade in der Flächenpolitik werden wir weiter ökologische und ökonomische Anforderungen in Gleichklang bringen. Aus dem Nachhaltigkeitsgrundsatz ergeben sich hohe inhaltliche Anforderungen an die Gewerbeflächenpolitik, die auch die Wirtschaftspolitik beachten muß. Für eine Ausweitung des Technologieparks in das Naturschutzgebiet Hollerland sehen wir auch aus strukturpolitischer Sicht keine Notwendigkeit. Wir werden das Naturschutzgebiet erhalten.

In Bremerhaven wollen wir folgende Vorhaben realisieren:

- Einen IuK-Technologiepark. In der Seestadt gibt es hoffnungsvolle Ansätze, sich erfolgreich an dem Wachstumsmarkt Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK) sowie Ökologie- und Umwelttechnologie zu beteiligen. Die außerordentlich erfolgreiche Arbeit des Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrums (BRIG) hat jungen Firmen die Möglichkeit gegeben, sich erfolgreich im nationalen und internationalen Wettbewerb zu behaupten. Nun muß die Planung und Gründung eines Technologieparks erfolgen.
- Im Bremerhavener Fischereihafen soll in Ergänzung des Bremerhavener Instituts für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB) ein Biotechnologiezentrum entstehen. Im Biotechnologiezentrum sollen international agierende Firmen angesiedelt werden, die in enger Zusammenarbeit mit dem BILB und dem Alfred-Wegener-Polarforschungsinstitut (AWI) wissenschaftliche Forschungsergebnisse in marktgängige Produkte weiterentwickeln.
- Die Entwicklung des Carl-Schurz-Geländes zu einem export- und hafenorientierten Gewerbegebiet werden weiter unterstützt. Die logistikbezogene Infrastruktur (z.B. KLV-Anlage) wird ausgebaut.

6. Stärkung von mittelständischem Gewerbe, Existenzgründungen und dem Handwerk

20. Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode verstärkt der **Bedeutung von Mittelstand und Handwerk** für die Stabilität der Wirtschaft Rechnung tragen.

Den besonderen Problemen des Handwerks möchte die SPD mit verschiedenen Maßnahmen entgegenkommen:

- a) Ein „Programm zur Unterstützung von kleinen Gewerbebetrieben“ in strukturschwachen Stadtteilen für Betriebe, die durch soziokulturelle Veränderungen ihres Standorts und Einzugsgebietes negativ betroffen sind. Damit wollen wir den Betrieben helfen und zugleich der Gefahr einer Abwärtsspirale in der Stadtentwicklung in bestimmten Gebieten entgegensteuern.

- b) Hand in Hand damit sollen verbesserte Beratungsangebote für den Generationenwechsel bzw. für Nachfolgeregelungen in kleinen Betrieben gehen.
- c) Diese Maßnahmen sollen durch ein verbessertes Angebot zur Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen im Handwerk begleitet werden.

Dabei wird sich die SPD dafür einsetzen, daß im Sinne einer verdichteten und urbanen Stadtgestaltung bürgernahes, wohnverträgliches Handwerk in den Wohngebieten erhalten bleibt und innerstädtische Industriebrachen für Handwerk und Dienstleistungen erschlossen werden. In der kommenden Legislaturperiode wird z.B. das TÜV-Gelände zu einem Handwerkerhof, an dem Arbeiten und Wohnen möglich sein soll, umgestaltet werden.

21. Im Land Bremen kommt ein Handwerksbetrieb auf 206 Einwohner; damit bilden wir fast das Schlußlicht der Bundesländer. Um Handwerk und Mittelstand mehr Perspektive zu geben und weitere Gründungen und Ansiedlungen zu fördern, werden wir drei Maßnahmen in Angriff nehmen:

- a) Mit einer Starthilfe-Förderung werden wir besonders die Beratung der Betriebsinhaber neu gegründeter Betriebe und die Qualifizierung ihrer Beschäftigten unterstützen, um sie in den schwierigen Anfangsjahren zu unterstützen und die Insolvenzgefahr zu verringern.
- b) Wir werden ein mittelstandsorientiertes Umwelt-Innovationsprogramm zur Förderung der rationellen Energienutzung im industriell-gewerblichen Bereich und des solaren Bauens auf den Weg bringen. Wir werden dieses Programm mit dem Ansiedlungsprojekt „Bremer bauen in Bremen“ verknüpfen, das aufgestockt und mit Investitionsanreizen zum ökologischen Bauen versehen werden soll.
- c) Schließlich werden wir angesichts der knappen Mittel versuchen, die Gebäude und Einrichtungen in öffentlicher Hand Schritt für Schritt durch neue Heiztechniken, passive Solarnutzung und Wärmedämmung zu modernisieren.

Mit diesen Programmen wollen wir die bremische Mittelstandsförderung deutlich fortentwickeln. Auch durch die Reform der Wirtschaftsförderung und -beratung werden gerade Handwerksmeister und mittelständische Unternehmen entlastet werden. Auf der anderen Seite gehen wir davon aus, daß bei der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel Mitnahmeeffekte ausgeschlossen, die Förderziele eingehalten und die Tariftreue gewahrt werden. Dabei hat für uns eine hohe Priorität, daß faire Wettbewerbsbedingungen hergestellt sind. Die strikte Anwendung der Vergabeordnung Bau und der Vergabeordnung des Landes ist hierfür ein Maßstab. Mittelfristig streben wir ein Landesvergabegesetz für öffentliche Aufträge an.

B. Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsoffensive fortsetzen

22. Der Strukturwandel gelingt nur mit qualifizierten Arbeitskräften. Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren eine gezielte Qualifizierungsoffensive, um den Dienstleistungsbereich und neue Zukunftsmärkte, wie Multimedia, Tourismus und Gesundheit, in Bremen und Bremerhaven zu stärken und die Modernisierung der bremischen Wirtschaft voranzubringen. Hierzu gehört eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die alle Möglichkeiten nutzt, arbeitssuchende Menschen, insbesondere Jugendliche, wieder in Arbeit und Beschäftigung zu bringen. Dies wird nur gelingen, wenn die gewachsene Wirtschaftskraft im Lande Bremen von den Unternehmen dazu genutzt wird, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei soll die weitere Aufspaltung in tariflich gesicherte und ungeregelte Arbeitsmärkte verhindert werden. Mit dem beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) des Landes werden wir diese Aufgabe aktiv unterstützen.

Folgende arbeitsmarktpolitischen Ziele stehen für uns im Vordergrund:

1. Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

23. Die berufliche Ausbildung von jungen Menschen ist nicht nur ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, sie bedeutet auch Zukunftssicherung für die junge Generation.

Die SPD steht zum dualen System der Berufsausbildung. Aber angesichts der dramatischen Lage auf dem Ausbildungsmarkt und der absehbaren Entwicklung der nächsten Jahre halten wir neue Wege zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur Stabilisierung des dualen Systems für unumgänglich. Wir unterstützen das Ziel unserer Bundesregierung, daß alle Jugendlichen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz erhalten. Hierfür werden wir uns für einen bundesgesetzlichen Leistungsausgleich zur Sicherung der Berufsausbildung einsetzen, falls die Wirtschaft im Rahmen eines Bündnisses für Ausbildung nicht ausreichende betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Firmen, die nicht ausbilden, müssen dann künftig eine Umlage abführen, aus der zusätzliche Ausbildungsstellen finanziert werden.

24. Neben der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen treten wir dafür ein, die Qualität der Berufsausbildung deutlich zu verbessern. Die Reformen zur Modernisierung der beruflichen Ausbildung wollen wir weiter vorantreiben. Wir brauchen neue Berufsbilder und eine schnellere Anpassung der Ausbildungsordnungen, um mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in der Berufsausbildung Schritt zu halten. Hierbei sollen neue Ausbildungsmöglichkeiten verstärkt für junge Frauen geschaffen werden.

Diese Anstrengungen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Mit einer breiten Informationskampagne wollen wir für weitere Ausbildungsverbünde werben und konkrete Projekte unterstützen. Außerdem treten wir verstärkt bei ausländischen Betrieben für die Schaffung neuer Ausbildungsplätze ein. Hierfür wollen wir das

BQN-Projekt bei der Arbeiterwohlfahrt zur Beratung von ausländischen Jugendlichen und ausländischen Betriebsinhabern weiter entwickeln. Ausbildung soll in diesen Betrieben so zu einer Normalität im Lande Bremen werden.

25. Wir wollen auch eine bessere schulische Vorbereitung auf die Ausbildung und eine stärkere Abstimmung zwischen der Ausbildung im Betrieb und dem Unterricht in der Berufsschule. Die Berufsschulgebäude sollen weiter saniert und die sachliche Ausstattung der Berufsschulen mit Arbeits- und Lernmitteln aus Wirtschaftsfördermitteln verbessert werden. Die vorhandenen sachlichen Ressourcen für die Ausbildung sollen in Zusammenarbeit von Betrieben und Schulen besser genutzt werden. Betrieblich ungenutzte Lehrwerkstätten sollen, soweit möglich, bedarfsorientiert für die außerbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt werden.

2. Neuverteilung von Arbeit

26. Ohne eine weitere Verkürzung und freiere Gestaltung der Arbeitszeit läßt sich das Ziel nicht verwirklichen, vermehrt neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen. Auch wenn die Tarifparteien in den letzten Jahren zahlreiche neue Arbeitszeitmodelle entwickelt haben, ist der arbeitszeitpolitische Handlungsbedarf besonders in kleinen und mittleren Betrieben auch in Bremen und Bremerhaven nach wie vor groß.

Wir wollen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in allen denkbaren Formen – von der Wochen- bis zur Lebensarbeitszeit. So wollen wir die Neuverteilung von Arbeit politisch aktiv begleiten. Die laufenden betrieblichen Veränderungen mit mehr Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeiten dürfen nicht weiter zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen, sondern müssen sozialverträglich gestaltet werden. Bei Leih- und Zeitarbeit ist besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß diese Arbeitsplätze mit angemessener Entlohnung und zu gesicherten Arbeitsbedingungen angeboten werden. Dabei unterstützen wir die Bestrebungen, verbindliche europäische Mindeststandards einzuführen. Weiter wollen wir unter Nutzung der Fördermöglichkeiten aus dem Europäischen Sozialfonds die Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichen Aktivitäten für Frauen und Männer ermöglichen.

27. Die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle einschließlich der Altersteilzeit wollen wir mit gezielten Projekten der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik begleiten. Betriebe, die flexible und innovative Arbeitszeitmodelle praktisch anwenden können, wollen wir beraten und unterstützen. Mit einer Bremer Initiative zu neuer Arbeit wollen wir sozial abgesicherte Teilzeitarbeit für Frauen und Männer fördern, Modelle zur sozialverträglichen Teilung und Verkürzung von Arbeit, wie Sabbatjahr und Jobsharing, unterstützen und die positiven Erfahrungen aus Skandinavien mit der Verbindung von Arbeit und Weiterbildung im Rahmen von Modellprojekten zur Jobrotation aufgreifen. Im Endeffekt muß es zu einer

Gleichstellung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung bei allen an das Arbeitsverhältnis anknüpfenden Leistungen und Vergünstigungen kommen.

3. Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Förderung der Berufstätigkeit von Frauen

28. Arbeitslosigkeit wird in absehbarer Zeit nicht durch wirtschaftliches Wachstum allein zu beseitigen sein. Wir brauchen verstärkt öffentlich geförderte Beschäftigung und aktive Arbeitsmarktpolitik, um die Folgen der Arbeitslosigkeit für die betroffenen Menschen zu mildern und ihnen neue Chancen der beruflichen Orientierung und Wiedereingliederung zu geben.

29. Es ist das Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik, Arbeitssuchende in Arbeit zu vermitteln, den Betrieben qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen und die Eingliederungschancen von Arbeitslosen durch Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungshilfen zu verbessern. Für Frauen werden wir das Berufsrückkehrerinnen-Programm des Landes absichern und mit Hilfe der Bremer und Bremerhavener Koordinierungsstellen „Frau und Beruf“ bedarfsgerecht fortentwickeln. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und von Wirtschaftsförderungsmitteln wollen wir die betriebliche Frauenförderung beachten. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden wir alle Möglichkeiten nutzen, Frauen und Männer gleichermaßen zu berücksichtigen.

Zur Verstetigung unserer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik wollen wir das beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) mit jährlich über 100 Mio. DM fortsetzen. 10.000 Menschen erhalten hierdurch Chancen zu neuer Arbeit oder Qualifizierung. Beschäftigungsgesellschaften, die an den erfolgreichen Erfahrungen von Mypegasus und anderen anknüpfen wollen, werden wir unterstützen. Besondere Bedeutung haben das ABM-Stammkräfte- und Anleiterprogramm, das START-Modell und unsere arbeitsmarktpolitischen Integrationshilfen. Insbesondere für Bremerhaven, das eine Arbeitslosenquote über dem Niveau der neuen Bundesländer zu verzeichnen hat, werden wir die Maßnahme- und Beratungsangebote sichern. Die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds muß insbesondere in der Seestadt fortgesetzt werden. Mit Gründung einer „Gesellschaft für kommunale Beschäftigungsförderung“ soll die Arbeitsmarktpolitik Bremerhavens noch wirksamer gestaltet werden.

Notwendig ist eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik, indem die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse, Strukturanpassungsmaßnahmen) und des Europäischen Sozialfonds mit der Förderung von betrieblichen und örtlichen Beschäftigungsgesellschaften sowie von Organisationen des Non-Profit-Sektors verbunden werden. Für Einrichtungen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ist die Beratung und der Zugang zu den Mitteln der Wirtschaftsförderung zu verbessern.

4. Arbeit statt Sozialhilfe

30. Unser Ziel ist es, das Programm „Hilfen zur Arbeit“ qualitativ und quantitativ weiter auszubauen. In der nächsten Legislaturperiode soll das Programm in der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens 2000 Maßnahmen pro Jahr aufgestockt werden. Es ist unser Ziel, allen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern eine Beschäftigung oder eine Qualifizierungsmaßnahme anzubieten. Dazu sind alle Chancen der Arbeitsmarktpolitik der neuen Bundesregierung und der Europäischen Union zu nutzen. Es werden neue Tätigkeitsfelder insbesondere im gemeinnützigen Bereich, in der Kulturarbeit, im Umweltschutz und bei den sozialen Diensten mit Perspektiven für die Menschen erschlossen. Neben Beschäftigungsangeboten nach der Vertrags- und Prämienvariante wird die direkte Weitervermittlung von Sozialhilfeempfängern in den 1. Arbeitsmarkt mit und ohne Lohnkostenzuschüsse einen hohen Stellenwert erhalten. In diesem Zusammenhang wird in Bremen der in anderen Kommunen erfolgreiche niederländische Weg beschritten.

31. Einen Schwerpunkt für den weiteren Ausbau bildet zukünftig das bereits erfolgreich eingeleitete Programm U 27: Alle Neuantragsteller auf Sozialhilfe unter 27 Jahren erhalten in den Ämtern für Soziale Dienste eine Beratung mit dem Ziel, ihnen eine Qualifizierungsmöglichkeit, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten. Mittelfristig soll dieses Beratungsangebot auf alle Sozialhilfeempfänger unter 27 Jahre und in einem weiteren Schritt generell auf alle arbeitslosen Sozialhilfeempfänger ausgeweitet werden. Ein besonderes Gewicht wird hierbei die berufliche Qualifizierung erhalten.

32. In Bremerhaven wird ein Programm entwickelt, das allen arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren einen zunächst befristeten Arbeits- oder Ausbildungsplatz für 12 Monate organisiert. Die Betriebe erhalten, wenn der Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zusätzlich eingerichtet wird, einen Lohnkostenzuschuß. An der Umsetzung werden die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die Kammern beteiligt. Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger erhalten eine stärkere Unterstützung für ihre Bemühungen, Beschäftigte des 2. Arbeitsmarktes in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren sowie Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeitsaufnahme auf dem 2. Arbeitsmarkt zu befähigen.

5. Bekämpfung der illegalen Beschäftigung

33. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung haben sich zu einem schwerwiegenden Problem in der gesamten Europäischen Union entwickelt. Sie schwächen das System der sozialen Sicherung, verzerren den Wettbewerb, vernichten Arbeitsplätze und behindern die Schaffung dringend notwendiger Arbeitsverhältnisse. Mit der Senkung der Lohnnebenkosten durch die neue Bundesregierung werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um sozial- und steuerrechtlich angemessene Arbeitsplätze einzurichten. Wir wollen durch eine stärkere Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herstellen. Die Scheinselbstständigkeit soll eingeschränkt werden. Dies wollen wir durch einen konzentrierten und abgestimmten Einsatz aller Verfol-

gungsbehörden erreichen. Notwendig sind schärfere Kontrollen und eine konsequente Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

34. Mit einer Tariftreueerklärung als Bestandteil einer landesgesetzlichen Regelung und anderen Auflagen wollen wir öffentliche Aufträge so vergeben, daß „schwarze Schafe“ ausgeschlossen werden. So wollen wir zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs beitragen, der nicht zu Lasten der Arbeitnehmer geht. Auf Bundesebene setzen wir uns für schärfere Strafen und die Einführung der Generalunternehmerhaftung für nicht gezahlte Steuern und Sozialversicherungs-beiträge bei Subunternehmern ein.

II. Zukunftsfähigkeit herstellen - neue Wachstumsfelder eröffnen

A. Zukunft findet in den Köpfen statt

35. Das nächste Jahrhundert wird das Jahrhundert der Informations- und Mediengesellschaft. Arbeit, Wirtschaft, Bildung und Kultur werden sich tiefgreifend verändern. Prognosen sind sicher: Schon in wenigen Jahren werden mehr Menschen in der Informations- und Medienwirtschaft ihren Arbeitsplatz haben als in der Automobilindustrie. Wissen und Information sind die Rohstoffe, mit denen wir arbeiten und leben werden.

Nicht nur in Deutschland müssen wir uns mit unserer neuen Bundesregierung auf diese Entwicklungen einstellen. In Bremen und Bremerhaven werden sich Senat und Bürgerschaft sowie Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 1999 bis 2003 gleichfalls diesen Herausforderungen stellen müssen und sie nach ihren Möglichkeiten gestalten: Mit neuen Arbeitsplätzen, der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Erneuerung von Schulen und Bildungswesen, mit Wissenschaft, Forschung und der in einem zusammenwachsenden Europa erforderlichen kulturellen Offenheit.

36. Innovationen sind das Lebenselixier auf diesem Weg in die Informationsgesellschaft. Die öffentliche Hand - bei uns als Landesregierung und Stadtverwaltung - muß hierbei Pionier sein, mit einer aktivierenden Politik Chancen schaffen und allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten der Teilhabe an diesen neuartigen Entwicklungen eröffnen. Als kleiner Zwei-Städte-Staat haben wir Gestaltungsaufgaben in zweierlei Hinsicht:

- Bei der Modernisierung unserer Infrastrukturen und
- bei der Stärkung der menschlichen Kompetenzen.

37. Zukunftsfähigkeit sichern wir in Bremen und Bremerhaven durch einen fortgesetzten Ausbau unserer wissenschaftlichen Infrastruktur: An der Universität, den Hochschulen und zukünftig auch der internationalen Universität in Grohn werden junge Menschen für ihr Berufsleben ausgebildet. Desweiteren betreiben wir dort Spitzenforschung für neue, z.B. auch umweltverträglichere Werkstoffe, für die Luft- und Raumfahrt, für Nahrungsmittel- und Biotechnologie und in vielerlei gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen. Mit 1 Mrd. DM aus dem Investitionssonderprogramm erfüllen wir diese Aufgaben. Hieraus gewinnt die regionale Wirtschaft eine Vielzahl von Anregungen und Innovationen, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen.

38. Traditionelle Medienstandorte sind Bremen und Bremerhaven nicht. Trotzdem ist auch bei uns ein gewaltiger Zuwachs von Firmen zu verzeichnen, die eine Vielzahl von Arbeitsplätzen `rund um den Computer´ geschaffen haben und noch weiter schaffen werden. Mehr noch: In allen Branchen der Wirtschaft werden immer mehr Arbeitsplätze an die In-

formationsverarbeitung gebunden. Mit dem Internet wird die universale und globale Dimension dieser Entwicklung (be-)greifbar und lokal wirksam. Die Informationsgesellschaft durchzieht die gesamte Arbeitswelt und dringt in alle Poren des städtischen Lebens. Daher kann Zukunftsfähigkeit eines Gemeinwesens immer weniger in Beton gegossen werden. Sie findet in den Köpfen statt. Und die Software hierfür schaffen Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Kultur.

39. Schulen sollen unsere Kinder zur Aneignung und Verarbeitung von neuem Wissen befähigen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Grunderfordernisse an unseren Schulen gesichert sind. Die finanziellen Mittel für Schulraumsanierung und Schulausstattung müssen wir in den nächsten Jahren deutlich erhöhen, die Lehrerausstattung muß verbessert und vor allem effektiver gestaltet werden. Umgewälzt werden muß die Art des Lernens: Neben der soliden Vermittlung von Grundwissen gewinnen Medienkompetenz und soziale Kompetenzen entscheidend an Bedeutung.

Medienkompetenz zeigt sich im Umgang mit Informationen, sie verlangt die Anwendung computergestützter Programme und Techniken sowie die Darstellung von Arbeitsergebnissen. Die Vermittlung dieser Kenntnisse muß in der Schule beginnen, sie ist aber vor allem Gegenstand von lebenslangem Lernen. Aus- und Weiterbildung, in Bremen und Bremerhaven traditionell stark, müssen weiter auf diese neuen Aufgaben ausgerichtet werden. Dabei ist jedoch nicht nur die reine Fähigkeit des (Be-)Nutzers der IuK-Technologien zu sehen, sondern auch der qualifizierte Umgang mit der Information. Medienkompetenz verlangt aber auch soziale und kulturelle Fähigkeiten.

40. Von wesentlicher Bedeutung ist für uns auch die sozialverträgliche Ausgestaltung der (regionalen) Informationsgesellschaft, die möglichst allen Bevölkerungsteilen breite Zugangsmöglichkeiten zu Informationen zu sozial verträglichen 'Informationskosten' ermöglicht.

Die Informations- und Mediengesellschaft erfordert eine lebendige und kreative Kulturlandschaft in Bremen und Bremerhaven.

B. Bildung

1. Zukunft durch Bildung

41. Unsere Gesellschaft steht am Ende dieses Jahrtausends vor zahlreichen Herausforderungen, für deren Bewältigung die Qualifikation und Innovationsfähigkeit der nächsten Generation entscheidend sind. Die SPD im Lande Bremen setzt sich deshalb für ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Bildungssystem ein. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Die Sozialdemokraten in Bremen und Bremerhaven werden die materiellen Voraussetzungen für diese wichtige Zukunftsaufgabe verbessern. Deshalb treten wir für eine höhere finanzielle Ausstattung des Bildungsetats ein. Neben einer hinreichenden Grundausrüstung an Sachmitteln zur Gewährleistung der Lehr- und Lernmittelfreiheit muß für die Realisierung notwendiger Sanierungsmaßnahmen gesorgt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Sanierung bzw. den Ersatz von Mobilbauten. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode zum Ausgleich von Pensionierungen und von unabdingbaren Zusatzbedarfen junge Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven einstellen. Dabei wollen wir weiterhin alle organisatorischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung ausnutzen und die Gleichstellung Bremerhavens in der Lehrerversorgung beachten. Die wohnortnahe Versorgung mit Schulen bleibt ein wesentliches Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik; das derzeitige Netz von Schulen darf deshalb nicht ausgedünnt werden (das gilt für alle Schulstufen: Grundschule, Sekundarstufe I und II). Stehen Umstrukturierungen an, sind die Betroffenen, insbesondere die Schülerinnen und Schüler, in alle Planungen einzubeziehen.

2. Chancengleichheit schaffen und sichern

42. Über Bildung werden Lebenschancen verteilt. Sie dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen deshalb allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten geben. Dafür hat sich die SPD in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt, und sie wird auch zukünftig die Chancengleichheit als unverrückbares Ziel verfolgen. Zu diesem Zweck muß eine ausreichende und gerecht verteilte öffentliche Finanzierung des Bildungswesens sichergestellt werden. Wir werden keine Entwicklung zu privilegierten und benachteiligten Schulen zulassen, sondern uns weiter für einen Ausgleich nachteiliger Sozialstrukturen einsetzen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir eine stärkere finanzielle Unterstützung der Privatschulen ab.

Leitgedanken einer zukunftsfähigen Bildungspolitik müssen die Chancengleichheit und die *Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit in einem staatlich getragenen Bildungssystem für beide Städte des Landes* sein. Nur ein integrierendes Bildungswesen, das ausreichend binnendifferenziert ist, kann Menschen nach ihren Interessen, Sprachkenntnissen, Fähigkeiten und Bedürfnissen individuell fördern ohne sie auszugrenzen. Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher, technologischer und ökonomischer Zukunftsfragen geleistet. Wir wollen Kindern von Zuwanderern die Integration in Schulen ermöglichen und damit einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Eingliederung in die Gesellschaft leisten.

43. Um Mädchen bessere Chancen zu geben, setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der koedukativen Bildungsangebote mit dem Ziel der Berücksichtigung mädchengerechter Lernzugänge und Lerninteressen ein. Dazu brauchen wir parallele Angebote für Jungen.

44. Die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungsgänge und die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Teilen des Bildungssystems werden wir weiter fördern. Auch streben

wir vielfältige Formen der Hochschulzugangsberechtigung an und setzen uns dafür ein, über die schon bestehenden Möglichkeiten hinaus weitere sinnvolle Wege zu finden.

45. Die stärkere berufliche Orientierung in allen Schulstufen werden wir Sozialdemokraten fördern und gestalten.

46. In der beruflichen Bildung halten wir am dualen System fest. Die Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Betrieben soll von uns weiter gefördert werden. Die Ausbildungsinhalte müssen regelmäßig an die veränderten Anforderungen in den Berufen angepaßt werden. Neue Ausbildungsberufe und deren Inhalte müssen schneller als bisher von den Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft entwickelt und erprobt werden.

47. Damit ein gemeinsames Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher stattfinden kann, werden wir die Förderzentren in Bremen stärken und ausbauen. Gleichzeitig sollen die SchülerInnen die individuell notwendige Förderung und Unterstützung erhalten, einschließlich einer den individuellen Bedürfnissen besser angepaßten Beförderung zum Schulort. Unter der Zielsetzung "gemeinsam miteinander und voneinander lernen" wollen wir die Integration Behinderter in Regelklassen über die sechste Klasse hinaus fortführen; es wird angestrebt, dies bis in den beruflichen Bereich fortzuführen. Die Orientierungsstufe als Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I wollen wir erhalten und durch Ausbau von Binnendifferenzierung und Leistungsbereitschaft stärken. Dafür sind verbesserte Zusammenarbeit und die intensivere Kommunikation ebenso notwendig wie eine Überarbeitung der Lehrpläne.

48. Die Erfolge der integrierten Stadtteilschulen und der Gesamtschulen belegen, daß diese zur Integration von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Beitrag leisten. Die SPD steht für ihre besondere Förderung sowie gesicherte Fortführung und Weiterentwicklung. Wir werden uns für die Umwandlung bestehender SeK.-I-Schulen in Gesamtschulen und integrierte Stadtteilschulen einsetzen.

3. Zuverlässige Betreuung

49. Die Grundschule in Bremen muß zu einer verlässlichen Halbtagschule mit den Schulzeiten 8:00 bis 13:00 Uhr weiterentwickelt werden. Eine gesicherte personelle Betreuung muß nicht ausschließlich durch Lehrkräfte erfolgen. Die positiven Effekte eines Personalmixes sind im Schulbereich erkennbar. Wir werden deshalb auch andere Berufsgruppen wie z.B. ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, LehrmeisterInnen einstellen. Es ist unser Ziel, die Betreuungsschulen abzusichern und das Angebot ausbauen, auch in der Sekundarstufe I.

4. Schlüsselqualifikationen und Kernkompetenzen vermitteln

50. Das Bildungsangebot muß nicht nur fördern, sondern auch fordern. Dabei muß Schule auch erziehen. Sie muß an die Erfahrungen und Lebenswelten der Kinder und Ju-

gendlichen anknüpfen und in der schulischen Erstausbildung in hohem Maße außer Fachwissen auch Schlüsselqualifikationen und Kernkompetenzen vermitteln. Sie sind wichtig für die Anforderungen der Arbeitswelt, und sie befähigen die Menschen dazu, erfolgreich an den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen teilzunehmen. Aus diesen Gründen wird auch die Abiturprüfung weiterhin auf dem - immer exemplarischen - Unterricht aufbauen. Ein Zentralabitur werden wir weder im Land noch auf der Ebene der Stadtgemeinden zulassen.

5. Schule weiterentwickeln

51. Die gesellschaftlichen Veränderungen erfordern von den Schulen die Bewältigung neuer Aufgaben, die Fähigkeit zu Innovationen in allen Schulstufen und die Kooperation der Schulen untereinander. Viele dieser Aufgaben können besser vor Ort als zentral gelöst werden. Deshalb unterstützen wir die Autonomie von Schulen. Schüler, Eltern und Lehrer können Schule so zu einem wesentlich von ihnen mitbestimmten Lebensraum entwickeln.

Die Autonomie findet dort ihre Grenzen, wo die Chancengleichheit oder auch die Qualität der Lernergebnisse beeinträchtigt werden. Um die öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen zu wahren, muß die Qualität schulischer Arbeit laufend überprüft werden. Die Sicherung einheitlicher - auch überregionaler - Bildungsstandards ist Aufgabe einer sozialdemokratischen Bildungspolitik. Darüber hinaus sind innovative Ansätze in den Schulen unter anderem durch Projekte der Schulbegleitforschung weiterzuentwickeln und zu fördern. Jeder Schüler und jede Schülerin muß eine vergleichbar gute Ausbildung erfahren. Wir werden den Einsatz neuer Medien in den Schulen weiter verstärken. Hierzu gehören nicht nur die Ausstattung mit den erforderlichen Geräten und die Fortbildung von Lehrkräften, sondern auch die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit für ein sinnvolles und neues Lernen mit dem Computer.

Wir SozialdemokratInnen in Bremen und Bremerhaven stehen für die Weiterentwicklung von Schule im Dialog mit den Beteiligten..

C. Weiterbildung

52. Weiterbildung dient der Entfaltung der Persönlichkeit und trägt sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen in ihrem ständigen Wandel Rechnung. Sie umfaßt untrennbar die Bereiche der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Weiterbildung. Ganzheitliches Lernen ist die zentrale Voraussetzung für die Fähigkeit, auf Dauer verantwortlich, flexibel und selbständig zu leben und zu arbeiten.

Moderne Weiterbildung muß in ihren Inhalten und Methoden problemorientiert auf die sich dynamisch wandelnden Anforderungen aus der Arbeitswelt sowie auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Gerade beim Übergang von der Industriegesellschaft in die Informations- und Kommunikationsgesellschaft kommt der öffentlich verantworteten Weiterbildung durch die beiden Volkshochschulen eine hohe Bedeutung zu.

Der Erwerb von Schlüsselqualifikationen ist allgemein sicherzustellen. Neben der Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz bilden die Angebote der allgemeinen, kulturellen und politischen Weiterbildung die unverzichtbaren Voraussetzungen für die individuelle Entfaltung und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben. Diese haben einen besonderen Anspruch auf staatliche Förderung dort, wo sie nicht marktgängig sind.

53. Zur Weiterentwicklung des grundsätzlich bewährten dualen Systems der Berufsausbildung bedarf es der Entwicklung geeigneter Konzepte zur Verzahnung von Aus- und Weiterbildung, die in einem verbindlichen Berufsbildungsdialog erarbeitet werden müssen. Im Land Bremen verfügen wir dafür über ein hocheffizientes System von anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung in pluraler Trägerschaft, das Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems organisiert.

Für die Zukunftsfähigkeit der bremischen Weiterbildung bauen wir ein "Integriertes Weiterbildungs-Informationssystem" (IWIB) auf, das einen schnellen Zugriff auf alle Angebote ermöglicht und damit Transparenz für die Nutzer schafft.

Als erstes Bundesland führen wir für die Weiterbildung ein verbindliches Qualitätsmanagementsystem in allen anerkannten Einrichtungen ein.

D. Wissenschaft

54. Die Hochschullandschaft ist einer der dynamischsten Bereiche in Bremen; 25.000 Studierende, 5.000 Beschäftigte vom Arbeiter bis zum Professor, sind ein gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich bedeutender Faktor.

Der Politik fällt die Aufgabe zu, in Zeiten knapper Kassen diesen Bereich zu stärken, ohne andere gesellschaftspolitische Felder dafür zu vernachlässigen. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, daß die Hochschulen im Lande Bremen dem Menschenrecht auf Bildung verpflichtet sind. Der Zugang zu den Wissenschaften muß allen Menschen in Bremen durch unsere Hochschulen ermöglicht werden. Dabei darf Wissenschaft nicht auf ihre Arbeitsmarktrelevanz beschränkt werden, vielmehr muß Forschung und Lehre einer kritischen und auch gesellschaftskritischen Grundhaltung verpflichtet sein.

Daher gilt es, die Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen, die diesen und den Forschungseinrichtungen im Lande Bremen bis zum Jahr 2004 einen verlässlichen Finanzrahmen zusichert, konsequent umzusetzen.

1. Die Zukunftsfähigkeit unseres modernen Zwei-Städte-Staates sichern

55. Das innovative Potential einer Region spiegelt sich wesentlich in der Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Wissenschaftslandschaft wider. Eine verantwortliche Wissenschaftspolitik muß sich deswegen den Aufgaben der Zukunft stellen, d.h. die Forschung befördern, Wachstumsfelder entwickeln und ein differenziertes Qualifikationssystem anbieten. Sie muß internationale Kooperationen im Bereich von Wissenschaft und Forschung weiter ausbauen, um auch in Zukunft Bremens Ruf als europäisches Forschungs- und Technologiezentrum zu festigen.

„Deutschland muß eine Ideenfabrik werden, Innovation, Bildung und neue Technologien - das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.“

aus: Arbeit, Innovation u. Gerechtigkeit, SPD-Bundestagswahlprogramm 1998

Das Land Bremen hatte in den letzten Jahren besonders mit dem Niedergang der Wertindustrie eine tiefgreifende Strukturkrise zu verkraften. Die erfolgreiche Entwicklung auf dem Wissenschaftssektor bietet einen wichtigen Ansatzpunkt zur Stärkung der Region.

56. Bremen hat in den vergangenen 20 Jahren ganz erhebliche Anstrengungen unternommen, um eine solide wissenschaftliche Infrastruktur mit einem differenzierten Hochschulsystem und komplementären Forschungseinrichtungen aufzubauen. Die Früchte dieser Anstrengungen in Form einer überregional und international anerkannten Universität und der Hochschulen des Landes, die sich in Arbeitsplätzen, Impulsen für die regionale Wirtschaft und generell einer Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft zeigen, werden jetzt greifbar. Diese Entwicklung darf nicht aufgehalten werden, sondern muß gerade jetzt - in finanziell kritischen Zeiten - intensiv vorangetrieben werden, insbesondere mit folgenden Maßnahmen:

- Weiterer Ausbau der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven im Sinne der mit dem Hochschulgesamtplan III vorliegenden Planungen;
- Weiterführung der Umstrukturierung der Universität zugunsten von Fachbereichen, die der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik förderlich sind;
- Stärkung der Sozialwissenschaften;
- Stärkung kritischer Ansätze in Forschung und Lehre;
- Ausbau des akademischen Mittelbaus;
- Stärkung der Grundlagenforschung;
- Qualitative Verbesserung der Geisteswissenschaften;
- Fortführung der fachlichen und strukturellen Modernisierung, um das Forschungs- und Entwicklungspotential zu stärken;

- Integration der Hochschule für öffentliche Verwaltung in die Hochschule Bremen;
- Sicherung der Existenzfähigkeit der Hochschule für Künste durch Gewährleistung der erforderlichen Mindestausstattung;
- intensive Nutzung nationaler und europäischer Forschungsförderung.

2. Chancengleichheit ermöglichen und Qualifikation verbessern

57. Sozialdemokraten u. Sozialdemokratinnen machen sich auch weiterhin für Chancengleichheit bei der Ausbildung stark. Eine qualifizierte Ausbildung darf nicht das Vorrecht wirtschaftlich Bessergestellter sein. Der Staat muß allen Menschen elternunabhängiges Studieren ermöglichen. Die Erhebung von Studiengebühren und Immatrikulationsgebühren werden wir in Bremen nicht zulassen.

Auch bei einer neuen gerechteren Ausbildungsförderung werden weiterhin viele Studierende für ihren Lebensunterhalt arbeiten, zum Teil aus finanziellen Gründen, zum Teil aufgrund ihrer Lebensplanung. Das Studienangebot hat sich diesen Verhältnissen anzugleichen. Die Entwicklung von Teilzeitstudiengängen und die Schaffung flexibler Prüfungsabschnitte sind wesentliche Voraussetzungen dafür. Die berufsqualifizierenden Abschlüsse sollten vielseitiger werden und sich den unterschiedlichen Profilanforderungen des Arbeitsmarktes anpassen.

58. Die Hochschulen müssen sich auf die neuen Bedingungen einer Wissensgesellschaft einstellen. Außerdem wird erwartet, daß durch die Bereitstellung hochqualifizierter Absolventen der Transfer zwischen Wissen und praktischer Anwendung gewährleistet ist. Folgende Maßnahmen sind dafür Voraussetzung:

- die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Forschung und Wirtschaft auf höchstem Niveau, insbesondere durch Förderung von Doktorandenkollegs, Bereitstellung von Promotionsstellen, Intensivierung der Kooperation mit den außeruniversitären Einrichtungen und die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses. Dabei hat Frauenförderung eine besondere Bedeutung: Frauen sollen insbesondere in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und Informatik gefördert werden;
- die Schaffung einer strukturellen Durchlässigkeit zwischen Fachhochschule und Universität;
- eine ausreichende und auf dem jeweils neuesten Stand befindliche technische, bibliotheks- und DV-Ausstattung für das grundständige Studium;
- die Einrichtung neuer, forschungsgestützter Studienangebote mit interdisziplinärem Zuschnitt;

- die Bündelung von Ressourcen und die Stärkung des Innovationspotentials durch länderübergreifende Kooperation mit niedersächsischen Hochschulen auch in der Lehre;
- Weiterbildungsangebote für die Berufseingangsphase der Absolventen

3. Wissenschaftstransfer

59. Damit die optimale Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowohl der Natur- als auch der Geisteswissenschaften gewährleistet ist, müssen neue Modelle des Wissenschaftstransfers entwickelt und umgesetzt werden. Der Transfer über Köpfe allein genügt nicht. Oftmals verstehen sich die Praktiker in den Unternehmen und die Wissenschaftler nicht. Dadurch wird das volle Potential von Wissenschaft und Wirtschaft nicht genutzt. Ansätze, die einen verbesserten Transfer in die Region, in Unternehmen, Institutionen und Verbände erreichen wollen, sollen gefördert werden. Das Technologie-Transfer-Zentrum der Hochschule Bremerhaven wird weiter unterstützt und fortentwickelt. Programme, die der Entwicklung von Kooperationsformen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis dienen, wie z.B. das Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung, bedürfen weiterhin der angemessenen Ausstattung und Absicherung.

In einer Zeit, in der Wissen immer schneller entwertet wird und veraltet, kommt auf die Hochschulen verstärkt die Aufgabe der wissenschaftlichen Weiterbildung zu. Aufbau und Ergänzungsstudiengänge für berufstätige Hochschulabsolventen sowie Weiterbildungsstudien für besonders qualifizierte Berufstätige müssen mehr als bisher entwickelt und ausgebaut werden.

4. Strukturwandel unterstützen

60. Bremische Wissenschaftspolitik versteht sich auch als notwendige Ergänzung zur regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik. Die Hochschulen akzeptieren die damit verbundenen Erwartungen und versuchen, ihnen bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit und der Eigendynamik des Wissenschaftsbetriebs gerecht zu werden. Dies setzt die Verfügbarkeit der notwendigen Ressourcen voraus:

- die Sicherung einer angemessenen Ausstattung in den Hochschulen und Forschungsinstituten für zukunftsweisende Forschungsgebiete, wie z.B. die Mikrobiologie, die Mikrosystemtechnik, die Umwelttechnik, die Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie die Materialwissenschaften als Schlüsseltechnologien für die wirtschaftliche Expansion;
- die Förderung des Technologietransfers, den Ausbau des Technologieparks Universität, Weiterentwicklung der Hochschule Bremen und Aufbau eines Science Parks in Grohn;

- die Unterstützung der Hochschule Bremerhaven in ihrer konzeptionellen Weiterentwicklung.

5. Die internationale Dimension stärken

a. Zukunftsfähige Wissenschaftsstrukturen mit einem differenzierten und konkurrenzfähigen Lehr- und Forschungsangebot sind unverzichtbare Bausteine für den weiteren Aufschwung in der Gesamtregion.

Die Gründung einer Internationalen Privat-Universität auf dem Gelände der ehemaligen Roland Kaserne in Bremen-Grohn, die wesentlich von der amerikanischen Rice-University in Houston und dem Massachusetts Institute of Technology, MIT, getragen wird, eröffnet hierfür neue Möglichkeiten. Die Synthese zwischen deutschem und US-amerikanischem Hochschulsystem auf dem `Roland-Campus` bietet die Chance gegenseitiger innovativer Impulse. Die internationale Verknüpfung von Forschungs- und Lehrinhalten kann den Wissenschaftsstandort Bremen bereichern und Kontinente verbinden. Im Mittelpunkt steht die Aufgabe Menschen auszubilden, die in globalen Netzen denken und Problemlösungen entwickeln können. Wir werden sicherstellen, daß durch die Gründung der Internationalen Privat-Universität in Bremen-Grohn die Entwicklung der staatlichen Hochschulen im Land Bremen nicht eingeschränkt wird.

Dabei sind unter den veränderten Rahmenbedingungen einer Internationalen Privat-Universität `Chancengleichheit` und `Mitbestimmung` als Schlüsselbegriffe sozialdemokratischer Hochschulpolitik weiterzuentwickeln und neu zu bestimmen.

Die Gründung der Internationalen Privat-Universität Grohn bedeutet für die Hochschullandschaft in Bremen und für die Region Bremen-Nord einen echten Zugewinn. Sie erschließt dem Wissenschaftsbereich des Landes zusätzliche Ressourcen, und zwar aus der Wirtschaft wie aus dem Wirtschaftsressort. Der Landshaushalt allein kann die dauerhafte Einrichtung zweier Universitäten finanzpolitisch nicht darstellen.

b. Regionalbezug als wichtige Komponente des Leitbildes für die bremischen Hochschulen erfordert auch die stärkere Öffnung für internationale Entwicklungen, Kontakte, Forschungsbezüge und Lehrinhalte. Die Erfahrungen mit den zahlreichen internationalen Studiengängen der Hochschule Bremen sind positiv. Wir befürworten insbesondere:

- die Förderung der Fremdsprachenkompetenz der Studierenden und der Lehrenden durch Ausbau des Sprachenzentrums für die bremischen Hochschulen;
- die Förderung von Auslandsstudien und -praktika für viele Studierende. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ausländische Studierende;
- die Einrichtung von auslandsorientierten Studiengängen mit international anerkannten Abschlüssen und mehrsprachigem Lehrangebot;

- die Einrichtung von Studiengängen, die mit ausländischen Hochschulen gemeinsam betrieben werden, z.B. die 'Hanse Law School';
- aufeinander abgestimmte Studienangebote und die Einführung des Europäischen Creditpunkte Transfer Systems (ECTS) zur Erleichterung der Anerkennung erbrachter Studienleistungen und damit zur Erhöhung der internationalen Mobilität der Studierenden;
- die Sicherung und Stabilisierung der internationalen wissenschaftlichen Aktivitäten der bremischen Forschungseinrichtungen mit dem Ziel, die bremische Forschung noch stärker in internationale Kooperationsbezüge einzubinden. Beispielhaft seien hier die Forschungsstelle Osteuropa und das Zentrum für Europäische Rechtspolitik erwähnt.

6. Anerkannte Schwerpunktfelder fördern

61. Der bremische Wissenschaftssektor ist vielseitig und entwicklungsfähig. In einigen Forschungsfeldern haben sich bereits international konkurrenzfähige Schwerpunkte gebildet und zu einem Forschungsprofil beigetragen, das mit Bremen und Bremerhaven identifiziert wird. Diese Bereiche müssen auch weiterhin gefördert werden:

Dies gilt insbesondere für

- die Bereiche der Umweltschutzforschung und Umwelttechnologien. Umwelttechnologien sind die Schlüsseltechnologien der Zukunft. Projekte der Bremer und Bremerhavener Umweltschutzforschung sind zu Aushängeschildern bremischer Forschung und moderner Wirtschaft geworden; dies muß weiter forciert werden;
- die Meeresforschung und -technologie an der Universität sowie die entsprechenden außeruniversitären Institute als den bekanntesten Markenzeichen der bremischen Forschung, wie das Alfred-Wegener-Institut für Meeres- und Polarforschung und das Zentrum für marine Tropenökologie;
- die Weltraum- und Mikrogravitationsforschung und die Erdfernerkundung als international attraktive Einrichtungen und Partner für die regionale Wirtschaft;
- den Bereich der Hirn- und Kognitionsforschung an der Universität und im Hanse-Wissenschaftskolleg für eine zukunftsorientierte Grundlagenforschung unter baldmöglichstem Verzicht auf Tierversuche. Bestrebungen zur Alternativforschung sind zu forcieren;
- die Bereiche der Universität, die Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie entwickelt und untersucht haben. Dazu gehören auch Bemühungen, Sicherheitsuntersuchungen bei kerntechnischen Anlagen zu fördern, solange diese noch in Betrieb sind;

- die Einrichtung eines gemeinsamen internationalen Studiengangs 'Medien-Information' der Hochschulen und der Universität des Landes.

7. Effizienz steigern

62. Die Hochschulen nehmen inzwischen 30 % eines Altersjahrgangs auf. Sie tragen damit maßgeblich zur Herstellung der individuellen Chancengleichheit bei und sichern gleichzeitig die weitgehende Ausschöpfung des vorhandenen Qualifikationspotentials für Wirtschaft und Gesellschaft. Da die Finanzausstattung der Hochschulen mit ihrer Expansion nicht schrittgehalten hat und auch nicht in dem nötigen Umfang verbessert werden kann, ist eine grundlegende Hochschul- und Studienstrukturreform unumgänglich.

Dazu ist erforderlich, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Stärkung der Hochschulautonomie geschaffen werden sowie ein leistungsorientiertes Hochschulmanagement, die Dezentralisierung und Demokratisierung von Entscheidungsbefugnissen sowie die Modernisierung der Studienstrukturen auf den Weg gebracht werden; die Novellierung des Hochschulgesetzes ist notwendige Voraussetzung für diese Schritte.

Darüber hinaus geht es um die

- Neustrukturierung des Personalrechts und die Übertragung der personalrechtlichen Befugnisse auf die Hochschulen;
- Erhöhung der Haushaltsflexibilität;
- Überprüfung der Struktur von Lebenszeitprofessuren;
- Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre.

E. Kultur

1. Kultur in einer modernen Gesellschaft

63. Kultur und Künste prägen nach wie vor den Charakter eines Gemeinwesens maßgeblich. Gegenüber eindimensionalen Wahrheiten und Lebensentwürfen werden Denkanstöße benötigt, die nur in einem Klima kultureller Produktivität entstehen können und die Basis für wichtige ästhetische und kommunikative Diskurse und Impulsgebungen stellen.

Der Sektor 'Kultur' verwirklicht zudem auch einen gesellschaftspolitischen Bildungs- und Weiterbildungsanspruch. Kulturelle Betätigung - in welcher Form auch immer - wird als sinngebendes Lebenselement erfahren und ist für den einzelnen Menschen genauso wie für eine moderne Gesellschaft insgesamt unverzichtbar.

64. Das kreative Potential in Bremen soll genutzt werden: Der Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, die die Umwelt als Organismus begreifen und erfaßbar machen, die eine Vision von einer gerechteren Umwelt vertreten, in der auch unsere Kinder und Enkel ihre Entwicklungschance haben, soll qualitativ gefördert werden.

„Entsprechend unserer demokratischen Tradition wollen wir allen Bürgerinnen und Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Kultur darf nicht zu einem kostspieligen Zeitvertreib für wenige werden.“

Wir werden kulturellen Pluralismus und künstlerische Kreativität fördern. Öffentliche Kulturförderung muß die kulturelle Grundversorgung und die Vielfalt der Kunst sichern und das kulturelle Erbe bewahren“.

SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998

2. Für eine Stärkung der Bremer und Bremerhavener Kulturlandschaft

65. Der Kultur und der Kulturförderung wird ein besonderer Stellenwert gegeben.

Bremen ist Sanierungsland; die engen haushaltspolitischen Vorgaben begrenzen den kulturellen Gestaltungsspielraum. Es bleibt für uns eine wichtige politische Zielsetzung, den Haushaltseckwert aufzustocken. Um trotz erschwerter finanzieller Bedingungen die kulturelle Vielfalt unseres Landes zu erhalten, wurde ein Verfahren zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Kulturbereich eingeleitet, das aber nur gelingen kann, wenn die, die in dieser Arbeit stehen, die Möglichkeit haben aktiv mitzuwirken.

In einem solchen Prozeß besteht immer die Gefahr, daß Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte als Ökonomisierung von Kultur die Auseinandersetzung über die inhaltliche Arbeit von Kultureinrichtungen, Projekten und KünstlerInnen ins Hintertreffen geraten lassen. Es ist als vordringliche Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik anzusehen, daß solche Fehlentwicklungen vermieden werden.

66. Bremen verfügt über attraktive Museen, über ein interessantes Musik- und Theaterleben sowie über beliebte Stadtteilkultureinrichtungen, insbesondere die Bürgerhäuser. Es gilt, diese vielfältige kulturelle Landschaft zu erhalten.

67. Nachdem Volkshochschule und Stadtbibliothek als Eigenbetriebe geführt werden, muß bei der weiteren Umstrukturierung Sorge getragen werden, daß neben dem zentralen Ausbau das dezentrale Angebot im bisherigen Umfang gewährleistet bleibt.

68. Die freie Kultur- und Projektszene ist lebendig und kreativ. Dennoch ist ihr bisheriger Finanzstatus viel zu schwach, um wichtige Angebote in diesem Bereich durchzuführen. In der kommenden Legislaturperiode gilt es, diesen Bereich finanziell zu stärken, langfristig abzusichern und damit den Kulturschaffenden den angemessenen und notwendigen politischen Rückhalt zu gewähren.

69. Bremerhaven verfügt über ein reichhaltiges Kulturangebot. In der nächsten Legislaturperiode werden folgende Projekte unterstützt:

- Die Fertigstellung des Erweiterungsbaus des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) sowie die Forcierung der wissenschaftlichen Arbeit.
- Die Komplettierung der Sanierung des Stadttheaters Bremerhaven.
- Die Absicherung der Arbeit des Theaters im Fischereihafen (TiF).

Die SPD setzt sich dafür ein, daß die Exponate des Nordsee-Museums in der Weiterentwicklung des Schaufensters Fischereihafen an der Herwigstraße integriert werden, soweit sie nicht Bestandteil der neuen Zoo-Konzeption sind.

F. Medien

70. Wir wollen eine breitgefächerte Medienlandschaft, in der sich Presse, öffentlich-rechtliche Sender, Privatsender und Bürgermedien (Offene Kanäle) sinnvoll ergänzen. Das sichert ein umfassendes Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung.

71. Wir werden weiterhin die Selbständigkeit Radio Bremens verteidigen und dafür kämpfen, daß der Sender eine bedarfsgerechte Finanzierung erhält. Zugleich treten wir für kostensparende Reformen ein und unterstützen effektive Formen von Kooperation und Aufgabenverteilung innerhalb der ARD, insbesondere mit dem NDR.

Die Sparsamkeit und Verschlankung darf jedoch nicht zur Auszehrung des öffentlich-rechtlichen Programmauftrages führen. Insbesondere setzen wir uns für die Sicherung der Arbeitsplätze bei Radio Bremen ein.

Die Bremer SPD tritt für eine Teilhabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an den neuen Medientechniken und Spartenprogrammen ein. Ferner werden wir uns auch künftig dafür einsetzen, daß große Sportereignisse live, unverschlüsselt und zugangsfrei gesendet werden müssen.

72. Modernen technischen Neuentwicklungen steht die Bremer SPD positiv gegenüber. Insbesondere soll der laufende Modellversuch für die Einführung digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) auf die Erprobung mobiler Datenkommunikation ausgeweitet werden.

73. Wir setzen uns für die Sicherung und Weiterentwicklung der Bürgermedien im Land Bremen ein (Offene Kanäle). Die Offenen Kanäle als drittes, eigenständiges Element unserer Medienordnung sichern die direkte lokale Kommunikation, fördern bei ihren Nutzerinnen und Nutzern die Vermittlung von „Medienkompetenz“ und tragen zur Integration ethnischer und gesellschaftlicher Minderheiten in unserem Lande bei.

Die Sicherung lokaler Kommunikation, insbesondere durch die Offenen Kanäle, angesichts sich verändernder technischer Verbreitungswege (DVB – Digitales Fernsehen) wird ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Landesmedienpolitik sein.

74. Wir wollen die Filmkultur im Lande Bremen erhalten und weiterentwickeln; besonders wichtig und deshalb anzustreben ist die Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern.

Wir werden insbesondere

- die qualitative und quantitative Fortentwicklung der Bremer Filmkultur und Filmwirtschaft unterstützen;
- die Leistungsfähigkeit der Filmunternehmen und Filmschaffenden mit der dazu notwendigen Infrastruktur der Region stärken;
- die weitere Abwanderung der kreativen Kräfte in diesem Bereich aus Bremen verhindern.

III. Nachhaltige Stadtentwicklung als unverzichtbarer Bestandteil einer Wachstumsgesellschaft

75. Die Agenda 21 mit ihrem Grundanspruch der Nachhaltigkeit aller Nutzungen wird nach der Auffassung der SPD in beiden Städten die maßgebliche Richtlinie für jede Planung vor allem in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Gewerbe und Umwelt.

Wir sind nicht nur für uns und unsere Kinder verantwortlich, sondern auch für zukünftige Generationen. Unser Ziel ist eine dauerhafte soziale und umweltverträgliche Entwicklung. Wir unterstützen die Forderungen, die der „Erdgipfel“ von Rio de Janeiro 1992 für die globale Völkergemeinschaft aufgestellt hat („Agenda 21“).

Wir orientieren uns am Leitbild der Nachhaltigkeit. Die Agenda 21 ist dafür eine wichtige Grundlage. Unser Ziel ist eine nachhaltige, d. h. wirtschaftlich leistungs-fähige, arbeitsplatzsichernde, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung, die insbesondere auch Nord/Süd-Aspekte berücksichtigt.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet somit auch, daß sich Bremen der internationalen Verantwortung stellt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, daß die beiden Kommunen und das Land ihre überregionale Arbeit, wie sie gerade in der letzten Legislaturperiode viele neue Ansätze gefunden hat, mit dem erforderlichen Nachdruck fortsetzen können. Wir wollen damit auch unserem Anspruch Rechnung tragen, Bremens Ruf als zukunftsorientierter, weltoffener, lebendiger und solidarischer Stadt zu stärken.

Der in Bremen und Bremerhaven begonnene Prozeß zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 ist weiter fortzusetzen. Für die Bewertung der Nachhaltigkeit sind Kriterien zu entwickeln, die in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

A. Wohnen - einen sozialen Grundwert sichern!

76. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts stellt sich für Bremen und Bremerhaven auf der Grundlage der bisher erarbeiteten Position lebenswerter Städte mit vielen Grünzügen, Parks, Naturschutzflächen und einer guten Wohnraumversorgung der Bevölkerung sowohl im Mietwohnungsbau als auch im Eigentumsbereich die Aufgabe, für eine nachhaltige und qualitätssteigernde Fortentwicklung der städtebaulichen Entwicklung Sorge zu tragen. Durch starke Anstrengungen der SPD im sozialen Wohnungsbau ist im Lande Bremen nach dem Krieg in vorbildlicher Weise einer der umfangreichsten Wohnungsbestände im sozialen Wohnungsbau aufgebaut worden. Das zeigt sich in einem Mietniveau, das sich am unteren Ende aller vergleichbaren Großstädte bewegt.

Auf dem Hintergrund des starken Absinkens der ursprünglichen Anzahl der Sozialwohnungen im Lande Bremen auf ungefähr 5.000 Wohneinheiten im Jahre 2005 treten wir für folgende Wohnungsbaupolitik ein:

1. Sozialen Wohnungsbau sichern und weiterführen:
 - a) Der soziale Wohnungsneubau in Bremen und Bremerhaven muß im jetzt notwendigen Umfang weitergeführt werden.
 - b) Die Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum - sowohl im Bestand als auch im Neubau - ist das oberste Ziel.
 - c) Wir werden den Wohnungsnotstandsvertrag so aktualisieren, daß trotz des sinkenden Sozialwohnungsbestandes die Ziele der Versorgung gesichert werden. Die Belegungsbindung vorhandener Sozialwohnungen werden wir hierfür regional entflechten und auf den gesamten Mietwohnungsbestand ausdehnen.
 - d) Die öffentliche Investitionspolitik muß auch einen Schwerpunkt in die Förderung der Pflege und Entwicklung des Altbaubestandes sowie in die Verbesserung des Wohnumfeldes legen.
 - e) In allen betroffenen Stadtteilen müssen verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, die der sozialen Mischung der Mieterstruktur dienen. Kern dieser Politik der sozialen Durchmischung wird die „Stadtteilpflege“ sein, die durch gestalterisches Stadtteilmanagement und das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN) erreicht wird. Für WIN werden wir in der nächsten Legislaturperiode die bisherigen Ansätze massiv steigern und ressortübergreifend aus allen Senatsressorts bereitstellen. Gerade in Stadtteilen mit besonderer Belastung ist hierbei das Betreuungs- und Integrationsangebot für Kinder und Jugendliche deutlich zu verbessern.
 - f) Die Einkommensgrenzen zum Bezug einer Sozialwohnung müssen so erhöht werden, daß wieder einem größeren Personenkreis der Bezug einer Sozialwohnung möglich wird.
 - g) Die Wohngeldbemessungsgrenzen sind ebenso wie die bisher für Sozialwohnungen geltenden Mietobergrenzen zu überprüfen.
 - h) Die gefundene und mit der Gewoba vereinbarte Regelung zu Wohnungen, die den Mietobergrenzen unterliegen, ist auch anderen Nutzern anzubieten.

Eine einseitig auf die Eigentumsförderung fixierte Wohnungsbaupolitik - wie sie andere Parteien praktizieren - lehnen wir ab!

2. Kommunalen Einfluß auf städtische Wohnungsbaugesellschaften wahren

77. Um einen ausreichend großen Wohnungsbestand zur Verfügung stellen zu können und ihn mit den oben beschriebenen Zielvorgaben einsetzen zu können, dürfen wir die Eigentumsverhältnisse der großen städtischen Wohnungsbaugesellschaften (Gewoba und Bremische in Bremen und Stäwog in Bremerhaven) nicht weiter verändern und müssen die hier gegebenen kommunalen Einflußmöglichkeiten wahren. Eine weitergehende Privatisierung lehnen wir ab.

3. Wohnungseigentum für Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen

78. Nach den Grundsatzbeschlüssen der SPD im Jahre 1991 ist tatsächlich die stolze Zahl von 16.000 Wohnungen im Neubau erreicht worden. In der kommenden Legislaturperiode sind ca. 9.000 Wohneinheiten mit der dazugehörigen Infrastruktur neu zu schaffen.

Der Schwerpunkt der Nachfrage und damit auch der planungsrechtlichen Ausweisung liegt jetzt bei den besonders stark gefragten verschiedenen Formen des freistehenden Einfamilienhauses, des Doppelhauses und des Reihenhauses. Diese Nachfrage nach individuellen Wohnformen bürgt für das Land Bremen **zwei massive Gefahren**: Wenn dieser Bedarf nicht in Bremen und Bremerhaven befriedigt wird, verlieren beide Städte junge und aktive Familien mit Kindern, die in positiven Einkommensverhältnissen leben und häufig engagierte Stadtbürger sind. Darüber hinaus verliert Bremen massive Zahlungen im Länderfinanzausgleich. Deshalb werden wir die **Abwanderung massiv bekämpfen**.

Dies erfordert dreierlei:

- Die Steigerung der Attraktivität bestehender Wohnquartiere;
- die Förderung von Wohneigentum im Altbestand;
- die Förderung von Eigentum bei Wohnungsneubau.

4. Flächen für Wohnungsneubau einschließlich der erforderlichen Infrastruktur bereitstellen

79. Da in den niedersächsischen Randgemeinden ein großes Angebot an preisgünstigen Einfamilienhäusern in stark ansteigender Tendenz zur Verfügung gestellt wird, ist es auch bei Wahrung einer generellen Zielvorgabe flächensparenden Bauens unablässig, dringend ausreichende Flächen für derartige Wohnformen in Bremen und Bremerhaven bereitzustellen. Deshalb hat die Realisierung des bereits vor Jahren von der Bürgerschaft

beschlossenen Entwicklungsgebietes Borgfeld höchste Priorität. Ebenso ist kurzfristig eine Bebauung des sog. Osterholzer Dorfes mit Randbereichen beim Ehlersdamm möglich.

Damit die neuen Wohnungsbaugebiete für ihre zukünftigen Bewohner auch wirklich attraktiv sind, muß gleichzeitig das erforderliche Angebot an sozialen Infrastrukturmaßnahmen (Schulen, Kindergärten etc.) entsprechend dem jeweiligen Bedarf geschaffen werden.

Mit den ausgewiesenen Wohnungsbauflächen ist der kurzfristige Bedarf gedeckt. Sollte sich durch eine tatsächliche Bebauung dieser Flächen erweisen, daß weiterer Flächenbedarf für Wohnungsbau besteht, werden wir zügig neue Flächen ausweisen und erschließen. Dabei werden wir auch prüfen, ob eventueller Flächenbedarf für Wohnungsbau nicht durch eine Verlagerung der Rennbahn gedeckt werden kann.

Der zusätzliche Bedarf für eine Nutzungsänderung der Osterholzer Feldmark ist nicht erkennbar; deshalb lehnen wir vorschnelle Planfeststellungen der als Landschaftsschutzgebiet festgesetzten Feldmarkfläche ab.

5. Innenentwicklung und „Stadt am Fluß“ verwirklichen

80. Wegen der Begrenztheit der Flächen in den Bremer Außenbereichen muß der Innenentwicklung in den nächsten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden. Entlang des Flusses sind alle geeigneten Baufelder sowie die Lückenbebauung usw. wahrzunehmen. Besonderes Augenmerk ist der Umwandlung brachfallender innerstädtischer Hafenumflächen zu Wohnzwecken zu widmen. Aufgrund der veränderten logistischen Entwicklungen in den Häfen und der Konzentration der Containerverkehre auf Bremerhaven bietet sich eine gute städtebauliche Chance, in der Innenstadt mit ausgebauten Verkehrsanbindungen und in der Nähe zum Wasser neue Wohnangebote planen zu können. Das Bekenntnis zur „Stadt am Fluß“ darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern muß konkret in die Tat umgesetzt werden.

In der nächsten Legislaturperiode muß deshalb ein planerisches Konzept entwickelt werden, das nach dem Beispiel von Hamburg den verschiedenen Nutzungsformen einen ausreichenden Entwicklungsspielraum gibt.

Auch andere innerstädtische Brachen wie der Rembertiring, das Faulenquartier oder der Promotion-Park können ebenfalls für einen zukunftsfähigen Mix aus Wohnen und Arbeiten genutzt werden.

6. Innenstadt als ökonomisches und urbanes Zentrum stärken

81. Die Bremer Innenstadt ist Lebens- und Erlebnisraum für Freizeit, Tourismus und Kultur. Als Antwort auf die Verlagerung innerstädtischer Funktionen in die Außenbereiche wollen wir die Attraktivität und Zentralität erhöhen. Wir wollen sie zu einem Wohn-, Ein-

kaufs-, Erlebnis und Wirtschaftsstandort ausbauen. Deswegen darf hier Stadtentwicklung nur mit, aber nicht nur durch private Investoren erfolgen.

Durch eine Verbesserung des Wohnumfeldes, insbesondere des Stephanieviertels und des vorderen Ostertor, soll das Wohnen vor allem für junge Familien attraktiv werden.

Arbeit, Wohnen und Freizeit mit hoher Aufenthaltsqualität kollidiert mit den Ansprüchen einer schrankenlosen Mobilität.

Die Verbindung zum Wall und Ostertorviertel, zu den dortigen Kultureinrichtungen und den Geschäftslagen muß städtebaulich aufgewertet werden.

7. Wohnen an den ÖPNV-Achsen

82. Neue Wohngebiete sind von vornherein so zu planen, daß sie durch das bestehende oder zu erweiternde ÖPNV-Netz erschlossen werden können (System der Achsen-Erschließung). Für die zukünftigen Wohngebiete müssen umweltfreundliche Energieversorgungen gefunden werden. Niedrigenergie-häuser und andere hochwertige ökologische Standards sind zu fördern. Das gilt auch für Wohnformen, in denen die Bewohner einen hohen Wohnwert mit geringem oder ohne Autoverkehr anstreben.

Der immer stärker werdende Anteil an Singlehaushalten muß mit einem ausreichenden Angebot versehen werden.

8. „Bremer Haus fördern“

83. Viele Bremer Stadtteile werden ganz besonders durch das „Bremer Haus“ geprägt. Dieses erfolgreiche architektonische Wohn- und Stadtteilmodell mit hoher Bevölkerungsdichte wurde in den letzten Jahren nicht in ausreichendem Maße gepflegt. Es müssen deshalb Initiativen zur Wahrung der Qualität des jetzigen Bestandes an 'Bremer Häusern' ergriffen werden; gleichzeitig muß auch bei Neubaugebieten eine Anknüpfung an diesen Wohnstandard mit der Ausweisung „dreigeschossige Einfamilienhausgebiete“ Rechnung getragen werden. Dies fördert zugleich den flächensparenden Bau von Einfamilienhäusern..

9. Kleingartengebiete für die innerstädtische Erholung bewahren

84. Der Versorgung mit Kleingärten wird ein besonderer Stellenwert beigemessen. Wohnungsnah gelegene Kleingärten sind von hoher gesellschaftlicher Bedeutung.

In Bremen und Bremerhaven haben Kleingärten als innerstädtische Erholungsflächen und grüne Lungen schon seit Jahrzehnten eine besonders wichtige Rolle gespielt! Für große Teile der Bevölkerung stellen sie die einzige Möglichkeit dar, ihre Freizeit im eigenen Garten zu verbringen und eine ortsnahe Erholung im Grünen dauerhaft zu finden. Dieses

wichtige Erholungsglied zwischen Wohnen und Freizeit muß auch in Zukunft gewahrt und weiterentwickelt werden!

B. Effiziente und umweltgerechte Verkehrspolitik

85. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für das Land Bremen von besonderer Bedeutung. Bremen und Bremerhaven sind als Hafenstädte wichtige Schnittpunkte für den Warenim- und -export sowie Standorte überregional tätiger Logistik- und Speditionsunternehmen. Die gute Erreichbarkeit (an- und abfließender Güter) ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und kann nur mit einer intakten und zeitgemäßen Verkehrsinfrastruktur bewältigt werden. Das gilt auch für Bremen als Oberzentrum der Region 'Nordwest-Deutschland'. Bremen ist für sein Umland Ziel von ca. 100.000 Einpendlern pro Arbeitstag..

86. Der Flughafen Bremen (Airport 2000) hat für die Nordwest Region oberzentrale Bedeutung. Die Belastungen durch Immissionen und Emissionen sind auf das notwendige Maß zu reduzieren. Die Kontrolle darüber obliegt einem unabhängigen Beauftragten.

87. Die Anforderungen an die moderne Verkehrsinfrastruktur gehen über den Bau neuer erforderlicher Straßen, wie der Schließung des Autobahnringes um Bremen_hinaus. Wir setzen vorrangig auf Verkehrsvermeidung und den Ausbau ökologisch verträglicher Verkehrsmittel. Wir müssen dabei eine Verkehrspolitik aus einem Guß für die Zukunft entwerfen! Die Vorstellungen aus der Vergangenheit bringen uns nicht an das Ziel, einen effektiven Verkehrsfluß zu gewährleisten, sondern führen in die Sackgasse. Wir sorgen für eine Effektivierung der Wirtschaftsverkehre und setzen uns dabei für eine Änderung des Aufkommens der verschiedenen Verkehrsträger ein - Güter auf die Schiene oder auf das Schiff - und unterstützen eine verstärkte Inanspruchnahme der Verkehrsträger Bus, Bahn, Rad und Fußgänger.

Durch diese Maßnahmen sichern wir zum einen Bremens wirtschaftliche Funktion als Oberzentrum in der Region, zum anderen sorgen wir für eine möglichst geringe Belastung der Bremer Wohnbevölkerung durch Lärm und Abgase.

Diesen Zielen muß durch ein breites Maßnahmenbündel Rechnung getragen werden:

1. Anforderungen an eine moderne Verkehrsinfrastruktur

88. Zur Entlastung innerstädtischer Verkehrsachsen ist mit besonderem Nachdruck die Vollendung der A 281 mit dem gleichzeitigen Rückbau der Neuenlander Straße vorzubereiten; der Bauabschnitt der Weserquerung muß hierbei dringlich vorgezogen werden.

Die Planung für die B 212 als Verbindung des GVZ mit dem Unterwesergebiet muß in Absprache mit Niedersachsen vorangebracht werden. Wir werden das LKW-Führungsnetz überprüfen.

89. In Bremerhaven müssen eine Eisenbahnverkehrskonzeption für den Fischereihafen sowie die Planung für ein kleineres Güterverkehrszentrum auf dem Carl-Schurz-Gelände erarbeitet werden; der Regionalflughafen Luneort muß verbesserte Start- und Landebedingungen erhalten. Ferner muß der kreuzungsfreie Ausbau des Autobahnzubringers „Überseehafen“ bis zum Containerhafen in die Wege geleitet werden.

2. Gutes ÖPNV-Angebot weiter ausbauen

90. Insbesondere Pendler- und Konsumentenverkehre müssen - unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen auf EU-Ebene - in starkem Maße auf den Öffentlichen Personennahverkehr verlagert werden. Das erfordert sowohl im Taktangebot als auch von den Kosten her attraktive ÖPNV-Angebote bei Bussen und Straßenbahnen. Unersetzlich ist daher auch der weitere Ausbau des Straßenbahnnetzes, insbesondere

- a) die Fertigstellung der Linie 4 nach Borgfeld, optimal nach Lilienthal-Falkenberg, ohne zusätzliche Straße durch das Naturschutzgebiet Hollerland;
- b) die Verlängerung der Straßenbahn nach Mittelshuchting und über Tenever zum Weserpark mit der Option, auch benachbarte Gemeinden anzuschließen;
- c) der Anschluß von Space- und Oceanpark sowie des geplanten Großmarktes im Überseehafen durch den ÖPNV;
- d) die Prüfung möglicher Streckenführung der BSAG auf DB- und Privatgleisen;
- e) die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV durch verbesserte Taktzeiten, Ausweitung des Job-Tickets und noch bessere Koordination mit dem Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen und eine Verbesserung der Querverbindungen zwischen den Hauptverkehrsachsen;
- f) die übergangslose schienengebundene Achse Bremen-Hauptbahnhof bis Farge für den Lebens- und Wirtschaftsraum Bremen-Nord als Anbindung an das Oberzentrum (Pendlerströme) und zur Verbesserung der innerstädtischen Entwicklung der Teilstadt mit über 100000 Einwohnern;
- g) die Einführung des einheitlichen Fahrpreises Tarifzone 1 auf der Stadtexpreßstrecke von Bremen-Hauptbahnhof nach Bremen-Vegesack entsprechend des VBN-Tarifgrundsatzes: 'Eine Gemeinde - ein Tarif';
- h) die Einbeziehung des Schienenverkehrs in den Aufgabenbereich des Zweckverbandes;

- i) eine bessere Einbindung des Bahnhofs Mahndorf in den ÖPNV durch Verlängerung der Buslinie 37 und die Schaffung von zusätzlichen überdachten Stellplätzen für Fahrräder und Parkplätze für PKWs ;
- j) die Planung für die Erweiterung der DB-Anlage um ein drittes Gleis zwischen Bahnhof Bremen-Burg und Bremen-Hauptbahnhof für den Güterverkehr (Hafen) und verbesserte Taktzeiten für den Stadtexpreß.

91. Die Überlegungen des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), in Bremerhaven als Alternative zum Busverkehr einen Teil der ÖPNV-Versorgung wieder durch Straßenbahnen wahrzunehmen, müssen untersucht werden.

3. Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Taxiverkehre verbessern

92. Die Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und Taxiverkehre muß ebenfalls verbessert werden. Dazu gehört auch eine intensivere Nutzung der Bus- und Straßenbahnspuren durch Taxen.

Wir werden folgende Einzelmaßnahmen durchsetzen:

- a) Unterstützung des Car-Sharings und anderer innovativer, umweltfreundlicher Mobilitätsangebote;
- b) Tempo 30 in allen Wohngebieten; Einrichtung von Anwohnerparkzonen in geeigneten Wohngebieten;
- c) Verbesserung des Erhaltungszustandes der Radwege;
- d) Schaffung einer Fahrradstation an der Süd(west)seite des Hauptbahnhofs;
- e) Erhalt der Bischofsnadel als nutzbare Verbindung für Fußgänger- und Fahrradverkehre zur Innenstadt;
- f) Ausbau eines durchgehenden Rad-Verkehrsführungsnetzes;
- g) Verbesserung der Schnittstellenfunktion zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern: Park & Ride Kapazitäten ausbauen; Förderung von verkehrsträgerübergreifenden Gemeinschaftskonzepten (BREPARK; BSAG; TAXI; StadtAuto ; etc.).

4. Die Weser als Verkehrsachse nutzen

93. Die Nutzung der Weser als Verkehrsachse muß aufgewertet werden. Es ist zu prüfen, ob durch eine Kooperation mit privaten Schiffsbetreibern eine Schnellbootverbindung zwischen Innenstadt, Bremen-Nord und Bremerhaven kostengünstig zu betreiben ist.

C. Gewerbeflächenpolitik im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Nachhaltigkeitsgrundsatz

94. Unsere Gewerbeflächenpolitik wird sich an zwei Grundsätzen orientieren: Zum einen muß sie ausreichend Fläche für eine aktive, Perspektiven für Bremens Wirtschaft eröffnende Wirtschaftsansiedlung anbieten, zum anderen muß sie den Belangen einer vernünftigen Stadtplanung unter Berücksichtigung der Ansprüche des Umweltschutzes und der Agenda 21 genügen.

Das bedeutet:

- a) Eine **ausreichende Bereitstellung von Flächen** für Gewerbeansiedlung, Erweiterung und Umsiedlung.
- b) Möglichst **sparsamer Umgang mit Flächen** und Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Erhaltung zusammenhängender Landschafts- und Erholungsräume.
- c) **Integration in ein Stadtentwicklungskonzept**, das den Wohnwert der Stadt als Lebensraum insgesamt bewahrt und steigert. Um eine ausreichende Beachtung dieser unterschiedlichen Zielvorgaben zu gewährleisten, bedarf es bei der Flächenplanung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsressort, den auf diesem Sektor tätigen städtischen Gesellschaften BIG/WfG, dem Umweltressort und dem für Stadtplanung zuständigen Bauressort. Ebenso unverzichtbar ist eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit.

Der geplante Büroпарк 'Oberneuland' entspricht nur teilweise den o.g. Kriterien der SPD für eine vernünftige Flächenentwicklung und genießt deshalb keine Priorität.

d) **Verbesserung des Flächenmanagements**

Die Bereitstellung ausreichender Flächen für Gewerbeansiedlung ist eine wesentliche Bedingung für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung.

In der Vergangenheit mangelte es häufig an einer zeitgerechten Erschließung von Flächen. Inzwischen gibt es ein reichhaltiges Flächenangebot, unter anderem im Industriepark West (beim Klöckner-Gelände) und in der Hemelinger Marsch (in Vorbereitung). Daneben gibt es noch viele weitere kleinere Flächen; Bremen hat inzwischen ein reichhaltiges Angebot an Flächen in der kurz-, mittel- und langfristigen Planung.

Bei dem noch zu verbessernden Flächenmanagement müssen folgende Kriterien zur Anwendung kommen:

a) Flächenplanung

Unverzichtbar ist eine detaillierte und laufend aktualisierte Datenbasis über Flächenangebote und -verbrauch. Deshalb bedarf es einer regelmäßigen Aufstellung und Veröffentlichung einer Flächenbilanz, die nicht nur die Bereitstellung und Planung der Flächen, sondern in hinreichend differenzierter Form auch die Vergabe und weitere Nutzung der Flächen ausweist sowie einer Fortschreibung des Brachflächenkatasters.

b) Vorratshaltung auf das Notwendige begrenzen

Die Bevorratung erschlossener oder kurz vor der Erschließung stehender Flächen muß aus ökonomischen wie ökologischen Gründen auf das strukturpolitisch erforderliche Maß begrenzt werden.

c) Vorrang der Binnenentwicklung vor der Erschließung von Flächen auf der grünen Wiese

Binnenentwicklung und Flächenrecycling müssen Vorrang vor der Erschließung neuer Gewerbeflächen auf der grünen Wiese erlangen. Nur so ist ein sparsamer und ökonomisch effizienter Umgang mit städtischen Flächen zu erreichen und die Flächenpolitik mit einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik zu verbinden.

Die Schaffung wohnortnaher Handels- und Dienstleistungszentren hat für die SPD hohe Priorität; z.B. die Umnutzung des Bahnhofsvorplatzes in Oslebshausen zu einem ÖPNV Knotenpunkt mit P & R Platz und die Schaffung eines neuen Marktplatzes zu Kommunikationszwecken mit einem reichhaltigem Angebot für Nahversorgung, Freizeit und Gastronomie.

d) Verdichtung alter und neuer Gewerbegebiete

Die Bebauung der Gewerbegebiete muß so ökologisch verträglich wie möglich sein. Hierzu gehört beispielsweise eine umweltfreundliche Energieversorgung, eine umweltfreundliche Oberflächenentwässerung und eine ausreichende Begrünung. Wo es von der Produktionsweise und der Nutzung der Gebäude her möglich ist, ist eine mehrgeschossige Bauweise vorzusehen.

- e) Die Gewerbegebiete müssen infrastrukturell umfassend erschlossen bzw. ausgestaltet sein

Eine adäquate infrastrukturelle Erschließung der Gewerbegebiete ist unverzichtbar. Einer guten verkehrlichen Erschließung kommt dabei eine besonders große Bedeutung zu. Gewerbegebiete sollen möglichst nicht nur mit dem Individualverkehr, sondern auch mit dem ÖPNV und insbesondere mit der Bahn erschlossen werden. Gewerbegebiete müssen sich in das städtische Umfeld einpassen und von der dortigen Infrastruktur mit profitieren.

- f) Naturschutzgebiete dürfen nicht angetastet werden

- g) Profilbildung der Gewerbegebiete fördern

Die Ansiedlung gleichgerichteter Unternehmen in einem Gewerbegebiet eröffnet die Chance zu Führungsvorteilen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigert. Deshalb sind die Gewerbegebiete zu spezifizieren, etwa Technologiepark, Industriepark, Distributionszentrum etc., und die Nähe zur bestehenden Infrastruktur für die Profilbildung zu nutzen (z. B. Hochschule, Hafen, GVZ etc.).

1 a-Flächen dürfen nicht für bloße Umsiedlungsmaßnahmen verschwendet werden, sondern müssen überregional vermarktet werden.

- h) Die Flächenvergabe muß mit Auflagen verbunden sein

Die Praxis, Flächenvergaben mit qualitativen Kriterien - etwa in bezug auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen oder eine umweltverträglich Bebauung - zu belegen, muß beibehalten werden.

- i) Prioritäten setzen

Das in der Planung befindliche Angebot an Flächen erfordert eine klare Prioritätensetzung sowohl hinsichtlich der Reihenfolge der Erschließung als auch hinsichtlich der Zielsetzung der Nutzung.

- j) Gewerbeflächenpolitik mit dem Umland verzahnen

Die Gewerbeflächenpolitik ist eines der schwierigen Kooperations- und Konfliktfelder von Stadt und Umland. Durch die regionale Landesplanung und die Zusammenarbeit in der Region sind hier gleichwohl Fortschritte erzielt worden. Ein Flächenbereitstellungs- und Subventionswettbewerb muß vermieden werden, da er letztlich zu Lasten aller Beteiligten geht. Deshalb ist es notwendig, daß auf Bundesebene die entscheidenden Ursachen für

diesen Konkurrenzkampf, nämlich die Kriterien der Gewerbesteuer und die Anknüpfung an den Wohnort des Arbeitnehmers so geändert werden, daß sinnvolle Vereinbarungen innerhalb der Region zwischen benachbarten Gemeinden möglich werden. Hierzu ist an Experimentierklauseln in diesen Gesetzen zu denken.

Auf dieser Basis ist es notwendig,

- einen gemeinsamen Subventionskodex bei der Wirtschaftsförderung zwischen Stadt und Umland zu vereinbaren;
- die Flächenplanung abzustimmen, um Überangebote zu vermeiden und fachspezifische Angebote machen zu können;
- exemplarisch landesübergreifende Gewerbegebiete auszuweisen.

D. Umweltschutzziele für Bremen und Bremerhaven

95. In den klassischen Aufgabenfeldern des Umweltschutzes hat die Umweltpolitik in Bremen in den letzten Jahrzehnten beachtliche Erfolge erzielt. So konnte die Belastung der Luft mit Stickoxyden, Schwefeldioxyden in den letzten Jahren durch den Einbau von Filteranlagen beträchtlich reduziert werden. Ebenso hat sich durch den Einsatz moderner Klärtechniken die Wasserverschmutzung der Weser und der Nebengewässer so wesentlich vermindert, daß heute wieder in der Weser gebadet werden kann. Trotz solcher Fortschritte bedarf es aller Anstrengungen, weiterhin existierenden und neu auftretenden Gefahren und Risiken im Sinne einer wirksamen Umweltvorsorge entschieden entgegenzutreten und inzwischen Erreichtes langfristig abzusichern. In den Jahren 1999 bis 2003 wird die Umweltpolitik in Bremen unter den Zielvorgaben der Agenda 21 die Hauptaufgabe haben, Gefahren und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit in einem städtischen Raum zu vermeiden, ihnen entgegenzuwirken. Wesentliche Punkte in den nächsten Jahren werden sein:

1. Den Agenda 21-Prozeß fördern

Bremen gehört in Deutschland zur Spitzengruppe bei der Etablierung einer 'Lokalen Agenda 21'. Wir werden die am Runden Tisch zwischen NGO's, Wirtschaft und Verwaltung entwickelten Projekte mit Nachdruck unterstützen.

2. Altlasten sanieren, Bodenschutz verbessern

Das Investitionssonderprogramm bietet die Möglichkeit, für Wohnungsbau und Gewerbe umfangreiche Altlastensanierungen im Rahmen des Branchenrecyclings durchzuführen. Für dringende, nicht ISP-geeignete Maßnahmen bedarf es einer Finanzierungsregelung, bei-

spielsweise im Rahmen der - um eine Oberflächenwasserentnahmegebühr ergänzenden - Lenkungsabgaben und Gebühren.

3. Der Eintrag gefährlicher Stoffe muß weiter reduziert werden

Der Eintrag hormonell wirksamer oder krebserzeugender Stoffe in die Umwelt muß mit den Mitteln des vorsorgenden und produktionsintegrierten Umweltschutzes weiter reduziert werden. In diesem Zusammenhang spielt in Bremen und Bremerhaven der Umgang mit TBT-belastetem Baggergut eine wesentliche Rolle. Hier müssen Konzepte für eine sowohl ökologisch als auch ökonomisch zu vertretende Form der Baggergutbeseitigung erarbeitet und umgesetzt werden. Darüber hinaus setzt sich Bremen im Bundesrat und auf EU-Ebene für ein Verbot der toxischen Schiffsanstriche ein.

4. Vor Lärm schützen

Die Verminderung der Lärmbelastung im städtischen Umfeld ist eine besonders stark von der Bevölkerung wahrgenommene und bisher aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht hinreichend in Angriff genommene Maßnahme. Der in Vorbereitung befindlichen EU-Richtlinie muß in Bremen und Bremerhaven mit Mitteln des aktiven und passiven Lärmschutzes zügig entsprochen werden.

5. Feuchtwiesen schützen und Flußniederungen entwickeln

Die Bremer Feuchtwiesenlandschaft mit Wümmewiesen, Blockland und Niedervieland ist ein weit über Bremen hinaus wirkender Baustein für die deutsche und europäische Naturschutzkonzeption. Nach der Ausweisung von Naturschutzgebieten im Werderland und in Brokhuchting steht als weiterer wichtiger Schritt die Unterschutzstellung im Gebiet Niedervieland III an. Im Blockland gilt es, die dortige Kulturlandschaft durch die Umsetzung des *ressortübergreifenden Agrarkonzepts* auch langfristig zu sichern. Als Ausdruck ihrer besonderen Bedeutung für den Naturschutz sind die Gebiete Borgfelder Wümmewiesen und Hollerland bereits seit langem als Naturschutzgebiete ausgewiesen. In Bremerhaven ist das Kerngebiet der Rohniederung unter Naturschutz zu stellen. Die übrige Fläche dieser Niederung ist wie die Geesteniederung als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Das größte Hochmoor im Lande Bremen, das Bremerhavener Fehrmoor, muß endlich für die Natur gesichert werden.

6. Innerstädtische Grünanlagen weiterentwickeln und sanieren

96. Innerstädtische Grünanlagen wie die Wallanlagen und der Rhododendronpark sind von großer Bedeutung für die Bevölkerung und für eine touristische Nutzung. Die Sanierung der Wallanlagen entsprechend dem Parkpflegewerk, die Wiederherstellung des Eingangsbereichs zum Bürgerpark und die Erweiterung und Entwicklung des Rhododendronparks tragen zur Aufwertung der bremischen Innenstadt und zur Erweiterung eines qualifi-

zierten touristischen Angebots bei. Gerade das Konzept für den Rhododendronpark mit seinem Schwerpunkt `Artenvielfalt` bietet sich auch als ausgezeichnete Ergänzung der entsprechenden naturschützerischen Aufgaben in und um Bremen an. Im Zusammenhang mit der Wohnbebauung der Osterholzer Feldmark wird analog zum erfolgreichen Konzept des Parks links der Weser ein Landschaftspark realisiert.

7. Integrierten Umweltschutz aktivieren; Anreize für Umweltmanagementsysteme geben

97. Dem veralteten Ansatz klassischer „end-of-the-pipe“ Umwelttechnologien wird mit dem im Kreislaufwirtschaftsgesetz formulierten Anspruch, eine möglichst hohe Stoff- und Energieeffizienz in der Produktion zu erreichen entgegengetreten. Das kann nur durch einen verstärkten Einsatz produktionsintegrierter Umweltschutztechnologien geschehen, die durch Einbettung in die Produktionsstrukturen den Anfall von Umweltbelastungen schon während des Produktionsprozesses verhindern. Der Bremer Senat fördert den Einsatz solcher Technologien mit einem eigenen Programm aus den Mitteln des ÖKO-Wap.

Bei der Entwicklung solcher moderner Umwelttechnologien wird auf das Know-how der Universität Bremen und der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven zurückgegriffen. Ebenso gewinnt die umweltorientierte Unternehmensführung zunehmend an Bedeutung, weil auf diese Weise beachtliche Potentiale an Verbrauchssenkungen und damit Kostensenkungen ermittelt und realisiert werden können. Die Umsetzung solcher Konzepte in die betriebliche Praxis muß systematisch unterstützt werden. Vollzugserleichterungen für Öko-Audit-geprüfte Unternehmen können ein Anreiz sein, verstärkt betriebliche Umweltmanagementsysteme zu etablieren.

Es wird eine Vereinbarung mit den Interessenverbänden von Handel, Handwerk und Industrie in Form einer „Umweltpartnerschaft“ getroffen, um die Zahl der Betriebe, die sich einer Zertifizierung nach einem anerkannten Umweltmanagementsystem unterziehen bis zum Jahr 2000 auf 30 zu steigern. Öffentliche Betriebe und Verwaltungen haben in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion.

8. Klimaschutz und CO₂-Minimierung als zentrale Aufgaben städtischer Umweltpolitik

98. Vor dem Hintergrund der Klimaproblematik ist und bleibt Energiepolitik ein zentrales Handlungsfeld einer zukunftsorientierten umwelt- und innovationsorientierten Wirtschaftspolitik. Als Handlungsschwerpunkte enthält das Landesenergieprogramm u.a. den Zubau von Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Windkraftnutzung. Für eine Klimaschutzpolitik in Bremen sind neben den Möglichkeiten des Umweltressorts auch die Chancen zu nutzen, die sich durch die Gründung der Energiekonsens GmbH ergeben. Wir werden ein über einzelne Demonstrativprojekte hinausgehendes umfangreiches Energiesparprogramm für öffentliche Gebäude durchzusetzen.

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken werden wir den Ausbau der Nutzung regenerativer Energien, insbesondere der Windenergie, sowie den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung und der Nah- und Fernwärmeversorgung vorantreiben. Dabei soll der Anteil der bremischen Energieversorgung möglichst hoch bleiben.

9. Wasser als kostbares Lebensmittel schützen und nachhaltig nutzen

99. In der folgenden Legislaturperiode werden wir massive Anstrengungen unternehmen mit dem Ziel

- das Weserwasser wieder deutlich stärker als Trinkwasser zu nutzen; wir werden dafür alle geeigneten Entnahmestellen im Flußverlauf in Betracht ziehen;
- eine Reduzierung des Wasserverbrauchs zu erreichen;
- Brauchwasserkreisläufe auszubauen;
- die Weser und ihre Nebenflüsse als natürliche Lebensräume zurückzugewinnen.

IV. Chancengleichheit für alle Menschen - Initiativen für das Miteinander in unseren Städten

100. In unserer Gesellschaft, in unseren Städten gibt es neben Reichtum und Wohlstand erhebliche soziale Probleme und soziale Ungleichheit. Wir steuern dagegen: weil wir aus unserer sozialdemokratischen Grundhaltung heraus allen eine **gleichberechtigte Chance zur selbstbestimmten Teilhabe** geben wollen; weil sich Freiheit und Lebensqualität für alle nur entwickeln können, wenn Ausgrenzung und soziales Elend vermieden werden; weil soziale Sicherung die Voraussetzung für eine individuelle, eigenverantwortliche Lebensgestaltung ist. Wir setzen dabei auf den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe, auf bürgerschaftliches Engagement, auf eine Vielfalt der Angebote und eine leistungsfähige, sich modernisierende Sozialverwaltung.

101. Eine gute soziale Infrastruktur - u.a. aus Kindergärten, Begegnungsstätten, Krankenhäusern - zeichnet ein Gemeinwesen aus, macht es als Wohnort attraktiv. Ein Sozial- und Gesundheitswesen mit funktionierenden und bedarfsgerechten Strukturen ist auch in Bremen ein wichtiger **Standortfaktor**. Funktionierende soziale und gesundheitliche Infrastrukturen sind nicht nur unser Beitrag im Kampf gegen die Armut. Auch sind der Sozial- und der Gesundheitssektor bedeutende Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereiche. Von Investitionen in diesen Bereichen gehen enorme beschäftigungs- und strukturpolitische Impulse aus. Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Gesundheits- und des Sozialsektors ist ebenso unbestritten wie seine Innovationspotentiale. Allein im Gesundheitssektor werden in Bremen über 15.000 qualifizierte Arbeitsplätze vorgehalten; mit steigender Tendenz.

102. Die öffentliche Absicherung sozialer Risiken ist für uns unverzichtbar. Aber auch **ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement, Tätigkeit in Selbsthilfegruppen und Freiwilligenarbeit** gehören zu einem sozialen Gemeinwesen. Eine lebendige Demokratie ist auf das Engagement der Menschen in allen Bereichen angewiesen. Zugleich ist die Freiwilligenarbeit und die Arbeit in Selbsthilfegruppen eine entscheidende Bindekraft, um die häufig auseinanderdriftenden gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuführen und dabei die vielfältigen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger sich produktiv entfalten zu lassen.

In über 600 von uns geförderten Selbsthilfegruppen sind mehr als 10.000 Menschen in dieser Stadt unmittelbar aktiv tätig und werden in ihrem Bemühen unterstützt, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihre Probleme zu bewältigen und anderen Menschen bei der Problembewältigung zu helfen. Mit Hilfe der erfolgreichen Arbeit der Freiwilligenagentur unterstützen wir darüber hinaus Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Arbeit in unserer Stadt. Mehr als 40.000 Menschen arbeiten ehrenamtlich in vielen Vereinen und Initiativen und leisten so einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwesen. In Nachbesserungsprojekten werden Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern zur Bildung von nachbarschaftlichen Netzwerken gefördert. Die vielen Initiativen – z.B. die Erlebnisfarmen in Huchting und Obervieland, die

Mütterzentren, der Sportgarten oder aber auch der neu gegründete Streichelzoo in Gröpelingen – bilden Kristallisationspunkte für soziale und gesellschaftliche Entwicklungen in den Stadtteilen.

103. Die Frauenprojekte in beiden Städten werden wir auch in Zukunft absichern. Defizite in diesem niedrigschwelligen Angebot sind auszugleichen. Die Frauenprojekte leisten durch Beratung und Unterstützung von Frauen und Mädchen einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag.

104. Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Erfahrungen und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und aufgreift. Wir werden auch in Zukunft auf hohem Niveau Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement finanziell und strukturell fördern. Die in diesem Bereich eingesetzten Mittel für Initiativen und Projekte müssen dauerhaft gesichert und perspektivisch ausgebaut werden. Wir werden gerade junge Menschen zu einem solchen Engagement ermutigen. Viele junge Menschen sind bereit, an sozialen, ökologischen oder kulturellen Projekten mitzuarbeiten. Dieses Engagement soll unter allen Umständen gefördert werden. Es prägt soziale Kompetenz auf lange Sicht.

A. Soziale Integration in der Stadt

1. Armut verringern - Ausstiege aus der Sozialhilfe fördern

105. Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist es, den Bezug von Sozialhilfe als befristete Übergangshilfe zu gestalten. Sozialhilfe muß allen Menschen, die in Not geraten sind, Möglichkeiten schaffen und Perspektiven eröffnen, damit sie wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen und so auch wieder gleichberechtigt und selbstbestimmt an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Dies heißt aber auch, daß nur eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Verbindung mit sozialpolitischen Instrumenten wie z. B. der Förderung der Vereinbarkeit von Erziehung und Berufstätigkeit sowie dem Kinder- und Wohngeld den Weg in die Sozialhilfe wirklich stoppen können und so zu einer Entlastung der Sozialhilfekassen führen. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist und bleibt deshalb das oberste Prinzip einer wirklich sozialen und solidarischen Politik. Aus diesem Grunde stehen nicht rein versorgende, sondern mobilisierende Hilfen im Mittelpunkt unserer Sozialhilfepolitik. Dazu gehören Arbeits- oder Qualifizierungsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger. Deshalb werden wir das **Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“** qualitativ und quantitativ auf möglichst 2000 Maßnahmen pro Jahr erweitern.

106. Wir wollen für Menschen in komplizierten Lebenslagen möglichst wohnortnah ein lebenswertes Umfeld mit vernünftigen Infrastruktur- und Hilfestrukturen schaffen. Durch gezielte Umsteuerungsmaßnahmen über einen Zeitraum von zehn Jahren wollen wir eine gemeindenahe Versorgung erreichen, und zwar bezogen auf den Personenkreis der älteren Menschen in Alten- und Altenpflegeheimen, der Minderjährigen in Heimen und sonstigen

betreuten Wohnformen, der geistig und mehrfach Behinderten in besonderen Einrichtungen sowie der Suchtkranken.

107. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß die Bundesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen zur **Pauschalierung der Sozialhilfeleistungen** schafft. Die Zusammenfassung der laufenden und der einmaligen Leistungen (Beihilfen für Bekleidung, Hausrat etc.) zu einer pauschalierten Grundleistung fördert die Selbstverantwortung der Hilfeempfänger und verringert den Verwaltungsaufwand. Diese Entlastung der Verwaltung von Routinearbeiten liegt nicht nur im Interesse der Sozialhilfeträger, sondern ist auch im Interesse der Hilfeempfänger, da dadurch sehr viel mehr als bisher die Voraussetzungen für eine über die reine Leistungsgewährung hinausgehende Beratung und „Ausstiegshilfe“ gegeben sind.

Die Entwicklung der Sozialhilfe und allgemein der Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Bundesland sowie die soziale Lage in den Städten und Stadtteilen soll in einem **Sozialbericht** „Armut und Reichtum in Bremen“ dargestellt werden.

2. Soziale Infrastruktur in den Stadtteilen stärken

108. Die Lebensqualität hat sich dabei in den einzelnen Stadtteilen höchst unterschiedlich entwickelt: Sowohl in citynahen Stadtgebieten mit ungünstigen Wohnbedingungen sowie in den Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus, die sich eher in den Randlagen unserer beiden Städte befinden, ist es zur Herausbildung von Randstrukturen gekommen.

109. Die Gefahr der sozialen Entmischung ist in verschiedenen Stadtgebieten besonders groß. Wohnungsbaupolitik hat dem entgegenzuwirken. Besonderes Gewicht für die soziale Integration in der Stadt hat die Erhaltung und Stärkung der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen. Dezentrale kulturelle Einrichtungen, Jugendfreizeitheime und Begegnungsstätten für ältere Menschen, öffentliche Bibliotheken, Schwimmbäder und Sportvereine werden wir mindestens in gleichem Umfang wie bisher fördern. Denn sie sind unverzichtbar für eine Stadtteilpolitik, die sozialer Isolation und Ausgrenzung entgegenwirkt. Vorschläge, die bestehende soziale Infrastruktur zu ergänzen, wollen wir auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen und nach Möglichkeit unterstützen. Kern unserer **Politik der sozialen Durchmischung** wird die „Stadtteilpflege“, die durch gestalterisches Stadtteilmanagement und das **Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN)** erreicht wird.

Wir sorgen damit

- für eine Stabilisierung der Sozialstruktur in sozial benachteiligten Gebieten;
- für verbesserte Betreuungs- und Bildungsangebote;
- für Wohnumfeldverbesserungen;

- für Hilfen zur Integration von Aussiedlern;
- für spezielle Programme für arbeitslose Jugendliche;
- für den Aufbau und Erhalt von Jugendeinrichtungen im Freizeitbereich und der außerschulischen Betreuung;
- für Sonderbedarfe bei der Lehrerstundenzuweisung im Primär- und Sek. I.-Bereich..

3. Kinder- und Jugendpolitik

110. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Städte und unseres Landes. Politik muß jungen Menschen Angebote machen und Chancen eröffnen, damit sie ihre Wünsche, ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität in die Gesellschaft einbringen können.

111. Ein beträchtlicher Teil der Jugend ist heute von sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht. Fehlende Ausbildungsplätze, Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit von Jugendlichen sind Probleme, die die Lebensperspektiven eines Teils der jungen Generation in Frage stellen. Die Angst, künftig keinen Job zu bekommen, rangiert bei den Sorgen der 12- bis 24jährigen an erster Stelle, so die vielzitierte Shell-Studie "Jugend ,97". Krisensymptome wie übermäßiger Drogenkonsum, Rechtsextremismus oder politische Nichtbeteiligung und Apathie sind auch als Folgen dieser Problemlagen zu verstehen.

Deshalb wollen wir neben einem ausreichenden und qualifizierten Bildungs,- Ausbildungs- und Arbeitsangebot insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche Strukturen und Räume vorhalten und entwickeln, um allen Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Kinder- und Jugendpolitik begreifen wir dabei als Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikbereiche betrifft. Chancengleichheit und die Eröffnung einer lebenswerten Zukunft, die Bekämpfung sozialer Benachteiligung und Integration sind dabei die Kernaussagen sozialdemokratischer Kinder- und Jugendpolitik. Folgende Maßnahmen werden wir vorrangig umsetzen:

- Krippen, Kindergärten und Spielhäuser müssen als Orte für Kinder und Familien auf ihrem hohen pädagogischen Standard weiterentwickelt werden. Kindergärten sind wichtige Orte der Präventions- und der Integrationsarbeit. Zu dieser Weiterentwicklung gehören eine Flexibilisierung und Ausweitung der Betreuungszeiten entsprechend der Bedarfe der Eltern - unter besonderer Berücksichtigung der Alleinerziehenden - , die Profilbildung von Kindergärten in den Stadtteilen sowie der Ausbau unterschiedlicher Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen von Eltern. Krippen, Kindergärten und Spielhäuser müssen wie Schulen zu Zentren für Familien in den Stadtteilen werden. Bestehende Ressourcen (z.B. Schule, Beratungen, Beschäftigungsprogramme, Jugendsozialarbeit, -information und Jugendarbeit etc.) sollen dabei zukünftig noch effizienter verflochten werden. Insbesondere die Kooperation Schule/Hort muß flächendeckend ausgeweitet werden. Dafür ist ein Konzept von den Bereichen 'Bildung' und 'Soziales' gemeinsam zu entwickeln. Unser Ziel ist es weiterhin, allen Kindern und Eltern das Angebot einer

vollen Halbtagschule zu eröffnen. Hierfür sind ein Konzept und die Finanzierung vom Senat zu entwickeln.

- Das in Kooperation mit dem Kinderhilfswerk bereits erfolgreich aufgelegte **Programm „Spielräume schaffen“** muß in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Mieterinitiativen, Vereinen sowie anderen Initiativen und Gruppen vor Ort weiterentwickelt werden, um für Kinder Aktionsräume zu schaffen und ihre Sicherheit in der Stadt zu verbessern.
- In der Jugendpolitik wollen wir **Gestaltungsräume und Mitbestimmungsmöglichkeiten** sichern. Dort, wo politische Mitentscheidung und Mitverantwortung erlernt werden können - in den SchülerInnenvertretungen und betrieblichen Jugendvertretungen - wollen wir die Interessenvertretungsorgane stärken. Die Jugendfreizeitheime müssen inhaltlich neu ausgerichtet und in den Stadtteilen verankert werden. Wir unterstützen und fördern dabei insbesondere Kooperationen mit Sportvereinen; ebenso unterstützen wir Kooperationen mit Initiativen und Verbänden vor Ort, die dazu führen, Räume der Begegnung für junge Menschen zu schaffen. Dort werden Orientierungshilfen für wohnortnahe Angebote in den Bereichen Freizeitgestaltung, Mitarbeit in Initiativen (Umwelt- und Integrationsprojekte), soziale Beratung und Unterstützung angeboten (Agenda 21).. Darüber hinaus unterstützen wir offene Räume für Kinder und Jugendliche wie der Sportgarten, der Fun-Park Obervieland und die Skate-Board-Bahnen als wichtige Säulen bremischer Jugendarbeit. In der Jugendförderung wollen wir insgesamt noch stärker **Verlässlichkeit** gewährleisten, um damit die (Jugend-)Arbeit für die Jugendlichen selbst, aber auch für Ehrenamtliche und Träger abzusichern. Dazu zählen wir insbesondere auch die sog. Cliquenarbeit und die aufsuchende Jugendarbeit.
- Wir werden **stadtteilorientierte, eigeninitiierte** Projekte von und für junge Menschen in ihren Quartieren vorrangig fördern. Dazu zählen wir insbesondere auch die aufsuchende Jugendarbeit. Die Arbeit mit bestimmten Gruppen von jugendlichen Migranten, insbesondere mit jugendlichen Spätaussiedlern, werden wir zu einem eigenständigen Schwerpunkt der Jugendarbeit machen.

4. Bremen und Bremerhaven - behindertengerechte Städte

112. Politik und Gesellschaft, Gesetzgebung und nicht zuletzt die Betroffenen selbst sind aufgefordert zu handeln, um dazu beizutragen, daß Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben und ihre Bürgerrechte gleichberechtigt wahrnehmen können. Bremen und Bremerhaven sollen weiter auf die Bedürfnisse behinderter Menschen hin gestaltet werden. Dazu gehören behindertengerechte Wohnungen ebenso wie der Abbau baulicher Hindernisse im öffentlichen Raum und in Gebäuden.

Um eine umfassende Förderung und Vernetzung aller Belange von behinderten Menschen zu gewährleisten, sind die Verwaltungszuständigkeiten durch eine federführende Behörde zu koordinieren. Es ist die Stelle einer/eines Ansprechpartnerin/ - partners zu schaffen, der/die alle behinderten Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt.

Das Hilfs- und Unterstützungssystem für Behinderte in unseren beiden Städten ist weiter zu entwickeln. Dazu zählen wir:

- Die Sicherung der Beteiligung Behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder am Regel-Programm der Tagesbetreuung von Kindern.
- Den Ausbau der gemeindenahen Versorgung von geistig und mehrfach behinderten Menschen, u.a. durch den Abbau von Klinikpflegeplätzen zugunsten von Plätzen in Wohnheimen und im betreuten Wohnen.
- Die Sicherung des Verbleibs behinderter Menschen im ambulanten System durch Hilfs- und Unterstützungsangebote auch für deren Familien.
- Die Absicherung und Weiterentwicklung von Angeboten für die steigende Zahl alter behinderter Menschen.
- Die Weiterentwicklung der Hilfsmöglichkeiten und des Angebots für die Teilnahme behinderter Menschen am Arbeitsleben.
- Das Bemühen um eine sozialrechtliche und gesellschaftliche Integration.

113. Auf Bundesebene setzen wir uns ein

- für die Weiterentwicklung der Rehabilitation sowie für die Verbesserung der Instrumente zur Beschäftigungsförderung für Behinderte;
- für die Rücknahme der sozial ungerechten Kürzungen bei den Entgelten für behinderte Werkstattmitarbeiter im Bundessozialhilfegesetz;
- für die Schaffung eines Leistungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen, das vor allem die Leistungen neu regelt, die bisher im Bundessozialhilfegesetz zusammengefaßt sind. Hierzu gehört auch zu prüfen, ob die Nachteilsausgleiche des Steuerrechts in ein solches umfassendes Leistungsgesetz übernommen werden können.

5. Seniorenpolitik - für ein lebenswertes Alter

114. Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns zum Ziel, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten älterer Menschen in allen Lebensbereichen zu stärken. Viele sind heutzutage sehr mobil und gestalten ihren 'dritten Lebensabschnitt' selbständig. Diesen Erfolg verantwortungsvoller Sozial- und Rentenpolitik wollen wir Sozialdemokraten bewahren und stabilisieren. Außerdem wollen wir die **Selbstbestimmung** älterer Menschen stärken, aber auch Vorsorge für eine eventuelle Pflegebedürftigkeit treffen mit dem Ziel, **Hilfs- und Pflegeangebote vorrangig in den gewohnten vier Wänden** vorzuhalten. Dabei steht für uns im Vordergrund:

- Weiterentwicklung unseres Netzes der Begegnungsstätten, z.B. durch Förderung von Selbstorganisation und Ehrenamt bei professioneller Unterstützung.
- Unterstützung und Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen, Schaffung von Instrumenten zur Qualitätssicherung in der Pflege, Schaffung neutraler Beratungsstellen.
- Förderung altengerechten Wohnens im 'Quartier' auch als Service-Wohnen; verstärkte Hilfen beim Umzug und Beratungen bei Wohnungsanpassungen sollen gefördert werden.
- Dienstleistungszentren sollen im Vorfeld von Pflege mit ambulanten Diensten und stationären Hilfen Partner in einem Netz ambulanter, teilstationärer und z.B. stationärer Hilfen sein.
- Sicherstellung einer leistungsfähigen pflegerischen Infrastruktur durch Investitionsförderung und Erarbeitung eines Landespflegeplans.
- Bedarfsgerechter Ausbau der geriatrischen Versorgung in den Bremischen Krankenhäusern, wie z.B. im ZKH in Bremen-Nord.
- Erstellung eines 'Pflegefürers' für stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste.

115. In der Altenpflege hat sich die Ausbildung verbessert. Wir wollen die Absicherung der 3-jährigen Altenpflegeausbildung. Wir wollen weiter erreichen, daß die AltenpflegerInnen, die bisher nur eine zweijährige Ausbildung hatten, dafür aber eine langjährige Erfahrung in der Altenpflege nachweisen können, mit denen gleichgestellt werden, die jetzt eine dreijährige Ausbildung absolvieren. Damit wollen wir vermeiden, daß berufserfahrene AltenpflegerInnen später einen Nachteil wegen der kürzeren Ausbildung erfahren müssen.

6. Integration - Ziel sozialdemokratischer Migrationspolitik

116. Migranten- bzw. Integrationspolitik dient der Förderung des Zusammenlebens der Bevölkerung in Deutschland. Den hier lebenden MigrantInnen müssen vielfältige Möglichkeiten eingeräumt werden, politisch mitzubestimmen und ihre Interessen effektiv zu vertreten. Als erster Schritt wird in Bremerhaven eine gewählte kommunale Migrantenvertretung eingerichtet, die bei allen die Lebenssituation der MigrantInnen betreffenden Gesetzgebungsvorhaben einbezogen werden muß. Die Erfahrungen sollen unter dem Gesichtspunkt der Übertragung auf Bremen ausgewertet werden. Gleichzeitig sollen andere Beteiligungsformen - z.B. für junge Migranten oder für Migrantinnen - erprobt werden.

117. Viele der in Bremen schon seit Jahren lebenden Ausländer erfüllen die Bedingungen für eine Einbürgerung. Es müssen die organisatorischen Voraussetzungen beim Senator für Inneres geschaffen werden, damit die Bearbeitungszeit für Einbürgerungsanträge in der Regel 6 Monate nicht überschreitet. Einbürgerungsanträge sollen zukünftig direkt bei

den Ortsämtern abgegeben werden können. Dem Ausländeramt in Bremerhaven soll die abschließende Bearbeitung der Einbürgerungsverfahren übertragen werden.

Wir unterstützen das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, das Einbürgerung und Integration erleichtert.

Wir treten für eine effizientere Organisation der Ausländerämter ein. Gleichzeitig wollen wir eine Dezentralisierung des Amtes befördern. In diesen ersten Schritt soll in Bremen Nord eine Zweigstelle eingerichtet werden, die das gesamte Aufgaben- und Servicespektrum des Ausländeramtes abdecken soll.

118. Wir brauchen eine neue Integrationskonzeption, die die sehr differenzierte Lage der verschiedenen hier lebenden Ausländergruppen berücksichtigt. Generell streben wir an, Ausländer in die normalen Systeme der kommunalen Sozialpolitik einzubeziehen. Wir wollen das Altenhilfesystem in geeigneter Weise für Migranten öffnen. Integrationspolitik für junge Menschen muß in der Schule ansetzen. Maßnahmen zur Ausbildungsförderung - wie etwa die Initiative, ausländische Selbständige zur Berufsausbildung zu befähigen - müssen verstärkt fortgesetzt werden. Wir verstärken unsere Bemühungen, MigrantInnen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. Wir wollen insbesondere an den Schnittpunkten der Integration sowie an Brennpunkten interkultureller Konflikte auf die Kompetenz von MigrantInnen zurückgreifen.

Die **Ausländerbeauftragte** des Landes Bremen soll MigrantInnen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Möglichkeiten unterstützen, um so eine gleichberechtigte Teilhabe der MigrantInnen am politischen, gesellschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Leben zu ermöglichen

7. Gleichstellung homosexueller Menschen

119. Menschen benötigen für ihre Identitätsfindung und ihr Zusammenleben die Kultur als Medium der Kommunikation mit sich selbst und den anderen. Schwul-lesbische Kultur hat die Aufgabe, Identifikation für homosexuelle Menschen zu schaffen. Wir werden deshalb darauf achten, daß die Interessen homosexueller Menschen bei der Förderung von Kulturprojekten berücksichtigt werden.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode dafür Sorge tragen, daß vorhandene Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität abgebaut werden und in ihren Ursachen bekämpft werden, um in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere auch in Justiz, Polizei und Verwaltung, ein Klima der selbstverständlichen Akzeptanz zu fördern und zu schaffen .

- Wir treten dafür ein, die Bremer Landesverfassung um das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu ergänzen. Die Landesverfassung

muß den gewandelten Entwicklungen in der Gesellschaft Rechnung tragen und verdeutlichen, daß Fragen der Sexualität nicht zu Nachteilen führen dürfen.

- Wir setzen uns für den vollen Erhalt des Rat & Tat, Zentrum für Schwule und Lesben, samt dessen finanzieller Förderung ein.
- Wir treten ein für die Überarbeitung der Lehrpläne mit dem Ziel, die Vielfalt von Lebensentwürfen und Lebensweisen nicht nur im Fach Biologie, sondern fächerübergreifend in altersgerechter Weise darzustellen.
- Wir setzen uns für den vollen Erhalt der schwul-lesbischen Studien an der Uni Bremen ein.
- Wir setzen uns dafür ein, daß es keine Kürzungen auf dem Gebiet der Aids-Aufklärung gibt. Da es in absehbarer Zeit keinen Impfstoff geben wird, ist die Prävention die einzige Möglichkeit, um den Aids-Tod zu verhindern.

B. Sport in Gesellschaft und Schule fördern

120. Sport ist nicht austauschbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens; allein ca. 180.000 Bremerinnen und Bremer sind in Sportvereinen organisiert. Die SPD in Bremen und Bremerhaven setzt sich für die Förderung des Breiten-, Freizeit- und Spitzensports für alle Bürgerinnen und Bürger ein sowie für die finanzielle Unterstützung von Sportvereinen und die vollständige Durchführung des Sportunterrichts an den Schulen.

Sport fördert das Sozialverhalten und eröffnet Wege zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung. Sein Beitrag zur aktiven und gesundheitsbewußten Lebensgestaltung bis ins hohe Alter, zur Vermittlung gesellschaftlicher und demokratischer Erfahrungen und zur Förderung der Leistungsbereitschaft ist unbestritten.

Wir wollen die Kooperation zwischen Sportvereinen und kommunaler Zielgruppenarbeit, wie z.B. im Jugend-, Bildungs-, Gesundheits- und Seniorenbereich intensivieren.

121. Sozialdemokratische Sportpolitik ist somit nicht mehr allein umsetzbar als Fachpolitik, sondern wird immer mehr Bestandteil unterschiedlicher Politikfelder und somit zu einer politischen Querschnittsaufgabe.

Mit der Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Landesverfassung Bremens haben wir unseren Anspruch "Sport für alle" dokumentiert. Um möglichst vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance zu geben, im Sportverein weiterhin verbleiben bzw. ihm beitreten zu können, werden wir uns mit dafür einsetzen, daß Vereinsbeiträge bezahlbar bleiben.

Die SPD will in Bremen und Bremerhaven die vorhandene Sport-Infrastruktur sicherstellen:

- Die SPD wird sich in Bremen und Bremerhaven weiterhin dafür einsetzen, daß die vorhandenen Sportanlagen und -hallen erhalten bleiben und, falls nötig, saniert werden.
- Die ersatzlose Schließung von Sportanlagen, Schulsportstätten, Schwimmbädern wird es mit der SPD nicht geben.
- Wir wollen die intensive Kooperation von Sportvereinen und kommunaler Zielgruppenarbeit, zum Beispiel im Jugend-, Gesundheits- und Seniorenbereich.
- Die SPD setzt sich dafür ein, daß sämtliche dem Sportbereich aufgrund des Toto- und Lottogesetzes zustehenden Mittel uneingeschränkt für die Vereins- und Verbandsförderung zur Verfügung stehen.
- Ein Kern der sozialdemokratischen Sportförderung, die Honorierung der Übungs- und Organisationsleiter, wird auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel uneingeschränkt fortgeführt.
- Die SPD wird dem Sport weiter Mittel aus dem wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm („Sport-WAP“) zur Verfügung stellen, um den Spitzensport und die Sportveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung und Medienresonanz zu unterstützen.
- Die SPD wird den Bremer Leichtathletik Verband bei seiner Bewerbung für den Leichtathletik Weltcup 2002 oder 2004 in Bremen unterstützen. Und um die größte deutsche Breitensportveranstaltung, das „Deutsche Turnfest“, im Jahre 2006 an die Weser zu holen, unterstützt die SPD die Bewerbung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zusammen mit dem Umland.
- Mit der Option für eine internationale Ruder-Regattastrecke im Sportpark Grambke wollen wir dem Rudersport eine Perspektive geben und den Lebensraum stärken.
- Bei einer Verlagerung der Galopprennbahn in der Vahr, um Wohnbebauung zu ermöglichen, ist ausreichende Sportfläche für den verdichteten Siedlungsraum mit zu schaffen.

C. Gesundheitspolitik

122. Die Schaffung gesunder Lebensverhältnisse für alle Menschen ist eine der_vordringlichsten Zukunftsaufgaben. Jeder Mensch hat - ungeachtet seiner finanziellen Möglichkeiten - Anspruch auf eine optimale und bedarfsgerechte medizinische Versorgung. Zweiklassenmedizin lehnen wir ab.

123. Wir wollen zusammen mit Experten prüfen, inwieweit ein gesundheitliches Selbstbestimmungsrecht - auch für die Zeit nach dem Tod - in die Landesverfassung eingeführt

werden kann, und die Gesundheit sowie insbesondere die Bemühungen zu ihrer Erhaltung und Wiederherstellung unter verfassungsrechtlichen Schutz gestellt werden können.

124. Die Präventionsarbeit im Gesundheitsbereich nimmt eine wichtige Rolle ein; gesundheitsbewußtes Verhalten muß durch mehr Information gefördert werden. Der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz ist zu stärken; eine stärkere Kooperation aller in diesem Bereich Beteiligten ist notwendig.

125. Der Schutz der Gesundheit unserer Kinder hat große Bedeutung in der Gesundheitspolitik. Dazu gehört die konsequente Durchführung von Früherkennungsuntersuchungen in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie durch eine aktive Beteiligung der Gesundheitsverwaltung in allen Bereichen und bei allen Planungen, die gesundheitliche Aspekte berühren. Ziel des öffentlichen Gesundheitsdienstes muß in den nächsten Jahren neben der Präventionsarbeit sein, allen gesellschaftlichen Gruppen die Teilhabe am Gesundheitssystem dauerhaft zu sichern.

Wir werden auch weiterhin für eine integrierte Gesundheitsversorgung am Wohnort eintreten. Die Funktion des Hausarztes wird dabei eine Schlüsselrolle einnehmen.

126. Qualitätssicherung ist für uns in allen Bereichen des Gesundheitswesens, insbesondere in der Pflege, eine zentrale Herausforderung. Wir werden in den Krankenhäusern Maßnahmen fördern, damit ein umfassendes Qualitätsmanagement eingeführt wird. Die Standards der Pflege in Einrichtungen für alte Menschen und Behinderte, aber vor allem auch im Feld der ambulanten Dienste ist in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen, der Heimaufsicht und dem Gesundheitsamt zu sichern und zu verbessern.

127. Durch Kooperationen mit den Krankenhäusern, der Universität und der Hochschule, verschiedenen Institutionen (BIPS), einer Vielzahl von qualifizierten Pflegedienstleistern, einzelnen Unternehmen der Medizintechnik und seinen Kapazitäten in der Informationstechnologie (Telemedizin) hat Bremen das Potential, den Gesundheitssektor weiterzuentwickeln, auszubauen und zu einem Kompetenzzentrum für Pflege und Gesundheit zu werden. Hierzu gehört auch, daß Bremen in Zusammenarbeit mit den Fachressorts, aber vor allem mit den Partnern im niedersächsischen Umland, ein Fort- und Weiterbildungszentrum für Gesundheitsfachberufe an den Standorten Bremen und Bremerhaven entwickelt. Die Chancen, die in diesem Sektor stecken, müssen konsequent genutzt und gefördert werden. Entsprechende Investitionen sind wegen ihrer positiven arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Effekte unverzichtbar, z.B. im Rahmen von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

In unseren Krankenhäusern sind auch in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen notwendig, um weiterhin eine hochqualitative Medizin vorhalten zu können. Für diese Investitionen werden wir die Finanzierung sicherstellen.

Unverzichtbar bleibt ein dezentrales Krankenhausversorgungsnetz.

Wir haben auf dem Verhandlungswege durchgesetzt, daß es keine Bettenreduzierung nach den vorgegebenen Prognosen gibt, sondern diese nur nach der tatsächlichen Entwicklung vorgenommen werden soll. Dieses ist auch in Zukunft dringend erforderlich, und wir werden darauf achten, daß diese Regeln, die im Landeskrankenhausplan festgeschrieben sind, eingehalten werden. Leitsatz unserer Politik ist, daß vor allen notwendigen Einsparungen die optimale Versorgung der Patienten an erster Stelle stehen muß.

Die SPD wird in den nächsten Jahren die notwendigen planerischen Aktivitäten bei der Umsetzung des Landeskrankenhausplans inhaltlich mitbegleiten und in besonderer Weise die Aspekte der Qualifizierung des Personals sowie der Stellenentwicklung im Gesundheitsbereich mitgestalten. Weiterhin werden wir daran mitwirken, daß endlich das Arbeitszeitgesetz für Ärzte/Ärztinnen, Schwestern, Pfleger etc. umgesetzt wird.

Die SPD tritt dafür ein, daß die MTA-Schulen auch in Zukunft an den beiden Standorten in Bremen und Bremerhaven erhalten bleiben und eventuell das Ausbildungsangebot erweitert werden. In Bremerhaven ist der Erhalt der Hebammenschule neben der MTA-Schuleinrichtung von hoher Bedeutung, damit neben den Krankenhauspflegeschulen weiter in gesundheitlichen Berufen ausgebildet wird.

Die SPD unterstützt die Kooperationsbemühungen der Bremerhavener Krankenhäuser mit den Umlandkrankenhäusern.

Die Regionalisierung der stationären Psychiatrie wird durch den Aufbau von Versorgungseinheiten mit Krisenambulanzen und Tageskliniken konsequent fortgeführt.

128. Wir setzen uns dafür ein, Drogenabhängigen ein umfangreiches Beratungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Deshalb treten wir weiterhin dafür ein, schwerstabhängige Heroinkranke in ein Methadonprogramm zu überführen, um eine dezentrale ärztliche Versorgung möglich zu machen. Darüber hinaus wollen wir das von der Bundesregierung geplante Modellprojekt zur ärztlich begleiteten Heroinabgabe bei Schwerstabhängigen in Bremen erproben. Ferner setzen wir uns dafür ein, daß in Bremen Gesundheitsräume für Suchtabhängige geschaffen werden.

Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen, die Ausgrenzung der Betroffenen abzubauen und ihre Reintegration zu fördern. Im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik muß zukünftig eine gezieltere Aufklärungs- und Präventionsarbeit geleistet werden.

129. Wir werden weiterhin darauf hinwirken, daß ein Sterben in Würde möglich ist. Dazu gehört insbesondere die weitere Unterstützung von ambulanten Hospizinitiativen, die Förderung von Schwerpunkten in der Palliativmedizin im Bereich der ärztlichen Praxen wie der Krankenhäuser und Pflegeheime und ggf. die Einrichtung stationärer Hospize, wenn eine angemessene Versorgung zu Hause, im Krankenhaus oder in Pflegeheimen nicht möglich ist.

Auf Bundesebene setzen wir uns ein für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung im Interesse der Pflegebedürftigen. Wir werden vor allem

- für eine Verbesserung der Qualitätssicherung in der Pflege und eine verpflichtende Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen sowie
- für die Einführung des sog. `Arbeitgebermodells` für behinderte Menschen

sorgen.

V. BürgerInneninteressen engagiert vertreten – der Staat als moderner Dienstleister

A. Demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

1. Bürgerrechte und Parlamentsreform

130. Wir streben eine breitere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen an, z.B. indem wir sorgfältig prüfen, wie der Einfluß der Bevölkerung über eine Änderung des Wahlrechts gestärkt werden kann. Hierzu gehört auch, daß die Voraussetzungen für das Einbringen von Bürgeranträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden weiter verbessert werden.

131. Das Wahlalter für die Bürgerschaftswahl und die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und zu den Beiräten in der Stadt Bremen wird auf 16 Jahre herabgesetzt.

132. Die in dieser Legislaturperiode begonnene Parlamentsreform wird zügig und konsequent fortgesetzt, u.a. durch die Schaffung weiterer Ausschüsse anstelle von staatlichen Deputationen bei gleichzeitiger Straffung der Arbeitsabläufe. Wir wollen Organisation, Arbeitsweise und Handlungsinstrumente des Parlaments den modernen Erfordernissen anpassen und die Rollenverteilung zwischen Politik und Verwaltung auf die künftigen Bedürfnisse abstellen. Im Zusammenhang mit der Parlamentsreform treten wir ein für eine Reduzierung der Zahl der Abgeordneten auf 75 bei Beibehaltung des Teilzeitparlaments; ferner wollen wir eine Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre überprüfen.

2. Beiräte und Ortsämter

133. Ein unverzichtbarer Bestandteil stadtbremischer Demokratie sind die Beiräte - hier wird bürgernahe Politik direkt vor Ort gemacht. Wir setzen uns ein für die konsequente Berücksichtigung von Beiratsinteressen und streben eine weitere Dezentralisierung von Entscheidungskompetenz und -verantwortung an.

Unser Ziel ist die Entwicklung der Ortsämter zu Bürgerämtern, um Dienstleistungen der Verwaltung so bürgernah wie möglich zu erbringen. Deshalb müssen weitere Verlagerungen von Fachaufgaben in die Bürgerämter überprüft werden.

3. Datenschutz

134. Die SPD in Bremen nimmt den Auftrag der Landesverfassung ernst, das Grundrecht auf Datenschutz zu gewährleisten. Sie tritt für eine umfassende Neuorientierung des Datenschutzes ein mit den Zielen, das Bremische Datenschutzgesetz an die europäischen Vorgaben anzupassen, den Datenschutz bürgernäher und verständlicher zu machen, seine Einhaltung wirksam zu kontrollieren, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Auskunft und Widerspruch zu verstärken und die Entwicklung datenschutzgerechter Techniken – gerade durch Bremer Firmen – und deren Einsatz in Verwaltung und Wirtschaft zu fördern. Die SPD wird bei den Modernisierungsprojekten wie der Telearbeit, der elektronischen Verwaltung, der Privatisierung bisher von der öffentlichen Hand vorgenommener Datenverarbeitung oder bei neuen behördlichen Datenbanken und –netzen darauf achten, daß das Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten umfassend geschützt bleibt.

B. Innere Sicherheit und Justiz

135. Öffentliche Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität und ihrer Ursachen bleiben auch in Zukunft Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik. Wir verfolgen eine Doppelstrategie: Konsequenz gegen Straftaten und konsequent gegen ihre Ursachen.

Der Schutz vor Verbrechen und Gewalt ist eine unabdingbare Grundlage einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Wir beachten das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, ohne zu verkennen, daß sich die Sicherheitslage wegen zurückgehender Kriminalitätszahlen und erhöhter Aufklärungsquoten objektiv verbessert hat. Gerade die Entwicklung bei der Kinder-, Jugend- und Gewaltkriminalität erfüllt uns mit Sorge. Darauf muß effektiv reagiert werden, ohne durch populistische Stimmungsmache rechtsextremen Hetzern eine Plattform für politische Propaganda zu bieten.

1. Prävention

136. Zur entschlossenen Politik gegen Kriminalität gehört der unverstellte Blick auf die Ursachen. Wir werden nicht nur Kriminalität wirksam durch Polizei und Justiz bekämpfen, sondern mit gleichem Nachdruck gegen deren Ursachen vorgehen. Für uns Sozialdemokraten ist soziale Gerechtigkeit eine wesentliche Bedingung für innere Sicherheit und inneren Frieden. Denn Kriminalität ist oft die Kehrseite gesellschaftlicher Benachteiligung. Deren Probleme kann nicht die Polizei lösen, die Gesellschaft ist insgesamt gefordert. Deshalb muß eine Vernetzung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen, Verbänden, Handel und Gewerbe für mehr Sicherheit im unmittelbaren Umfeld gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen wieder das Gefühl bekommen, daß Zivilcourage sich lohnt. Wegsehen und Schweigen sind Pflichtverletzungen, diese Einsicht muß gefördert werden. Den Präventionsräten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu; die Einrichtung eines Gemeindepräventionsrates werden wir unterstützen.

2. Polizei

137. Wir schaffen durch unsere Politik die Voraussetzungen für eine moderne, leistungsstarke, gut ausgebildete und effektiv ausgestattete Polizei. Den Zielen einer modernen, an Dienstleistungsgedanken orientierten Polizei dienen Reformen aus den Reihen der Polizei. Diese unterstützen wir ausdrücklich. Der Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu ihrer Polizei soll weiterhin verbessert, die Präsenz der Polizei an Brennpunkten zum Schutz der Bevölkerung verstärkt werden. Hierfür ist die Sicherung des bewährten Personalstandards bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven unabdingbar. Schwerpunkte der polizeilichen Arbeit sehen wir in der Bekämpfung der steigenden Gewalt- und Straßenkriminalität, von Wohnungseinbrüchen sowie von Wirtschaftskriminalität, Korruption und illegaler Beschäftigung. In der Drogen- und Suchtbekämpfung halten wir an konsequenter Strafverfolgung kriminellen Drogenhandels fest. Aber Sucht ist Krankheit, weshalb Modellversuche zur ärztlich kontrollierten Originalstoffvergabe mit wissenschaftlicher Begleitung künftig wie die Substitution durch Methadon dem Beschaffungsdruck und der Beschaffungskriminalität entgegenwirken können.

138. Das Bremische Polizeigesetz ist insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz zu reformieren. Wir werden der Polizei die notwendigen Befugnisse und rechtlichen Instrumente an die Hand geben, um Gefahren und Kriminalität wirksam schon im Ansatz begegnen zu können. Dabei werden wir mit klaren rechtlichen Regelungen, die den Anforderungen eines effizienten Datenschutzes Rechnung tragen, Bürger vor ungerechtfertigten Eingriffen und Polizeibeamte vor übertriebenen Erwartungen schützen. Den großen präventiven Lauschangriff und die verdachtsunabhängige Kontrolle lehnen wir ab.

139. Wir setzen uns ein für eine qualifikationsgerechte Bezahlung der Beamten. Deshalb gilt es, den vielen Beamten des mittleren Dienstes, etwa in den Streifenwagen oder auf den Wachen, eine Perspektive zu schaffen, bei der sich Einsatzbereitschaft lohnt. Die Ausbildung zum gehobenen Dienst findet entsprechend den gestiegenen Anforderungen an den Polizeiberuf in Form eines Fachhochschulstudiums statt. Dieses muß so gestaltet werden, daß eine Öffnung der Polizei zur Gesellschaft gewährleistet ist. Die Besonderheiten des Polizeistudiums hinsichtlich des Praxisbezuges und der besonderen Sicherheitsanforderungen sind in jedem Fall zu berücksichtigen. Unser Ziel ist und bleibt die „zweigeteilte Laufbahn“. Mit der Polizei und ihrer Gewerkschaft werden wir in einem Kontrakt einen verlässlichen Zeitrahmen für deren Umsetzung festlegen.

140. Am staatlichen Gewaltmonopol werden wir festhalten. Die Aufgaben und Befugnisse des privaten Sicherheitsgewerbes sind gegenüber den hoheitlichen Tätigkeiten der Polizei gesetzlich abzugrenzen.

141. Es ist zu prüfen, ob die Leitung der Wasserschutzpolizeidirektion im Hinblick auf die Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte von Bremen nach Bremerhaven zu verlegen ist.

142. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Gewalt und Intoleranz gegen Lesben und Schwule muß offensiv und argumentativ von der ganzen Gesellschaft geführt werden und zwar auch dort, wo die Ursachen liegen: In der Mitte der Gesellschaft. Der Umgang mit Minderheiten, Bildung und Erziehung, Aufklärung und Information sind wichtige Instrumente in der Auseinandersetzung mit einer Ideologie der simplen Weltbilder, Intoleranz und Gewalt. Zugleich treten wir dafür ein, daß die Möglichkeiten des Strafrechts, Vereinsrechts, des Versammlungs- sowie des Polizei- und Ordnungsrechts voll ausgeschöpft werden. Polizei und Verfassungsschutz sollen die Öffentlichkeit über die Gefahren des Rechtsextremismus durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit informieren.

3. Strafverfahren

143. Unsere kriminalpolitischen Ziele verfolgen wir im Schulterschuß zwischen Justiz und Polizei - ohne Tendenz zu fusionieren. Eine Vermischung der Aufgaben wird es nicht geben. Aber wir vermeiden Reibungsverluste, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft an einem Strang ziehen. Bedingungen sind eine leistungsfähige Staatsanwaltschaft und gut ausgestattete Gerichte. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten wurden inzwischen die Voraussetzungen für die Durchführung des Beschleunigten Verfahrens geschaffen. Seine Anwendung soll verstärkt gefördert werden.

Wo es möglich ist, soll Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Deshalb werden wir den erforderlichen Personalbestand bei Staatsanwaltschaft, Gerichten und im Strafvollzug gewährleisten und die Staatsanwaltschaft mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik ausstatten. Die Einrichtung weiterer Service-Einheiten und deren flächendeckende Ausstattung mit Datentechnik wird dazu beitragen, die gerichtlichen Verfahrensabläufe zu effektivieren und abzukürzen.

Im Bereich des Jugendstrafrechts werden wir uns alle Beschleunigungsmöglichkeiten zu Nutze machen. Dazu gehört auch eine Absprache mit der Polizei, daß die ermittelnden Beamten bei Straftaten von Kindern und Jugendlichen direkt vor Ort sog. Erziehungsgespräche als staatliche Erstreaktion führen. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir die Leistungsfähigkeit der Jugendstrafrechtspflege und die Effizienz jugendstrafrechtlicher Reaktionen auf Fehlverhalten weiter verbessern. Geprüft werden soll, ob zur Erreichung dieser Ziele ein „Haus des Jugendrechts“ in Bremen und Bremerhaven eingerichtet werden soll, in dem Jugendstaatsanwälte, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Hilfsorganisationen unter einem Dach vereint sind. Für straffällige Kinder wollen wir wirksame Alternativen zur geschlossenen Heimunterbringung entwickeln.

4. Täter-Opfer-Ausgleich, Hilfe für Opfer

144. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hängt nicht zuletzt davon ab, daß den Interessen der Opfer und Zeugen von Straftaten ausreichend Rechnung getragen wird. Die

begonnene erfolgreiche Verstärkung und Regionalisierung des Täter-Opfer-Ausgleichs muß fortgeführt werden. Ziel ist die weitere Verstärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Justiz, Inneres und Jugend. Auch straffällig gewordene Kinder sollen in die Regelungen des Täter-Opfer-Ausgleichs einbezogen werden.

Die gesetzlich beschlossenen Verbesserungen beim Opferschutz, wie z.B. die Einführung eines Opferanwalts, insbesondere für Opfer von Sexualstraftaten, werden wir zügig umsetzen. Zum Opferschutz gehört auch die Ausstattung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte mit Anlagen für die gesetzlich vorgesehenen Videoaufzeichnungen und Videodirektübertragungen von Aussagen schutzwürdiger Personen, vor allem kindlicher Opferzeugen. Die vorhandenen Zeugenbetreuungsprojekte bei den Amtsgerichten und beim Landgericht in Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Justiz, Jugend und Soziales sollen ausgebaut werden.

Auch die freien Träger, die sich mit der Beratung von Kriminalitätsoptionen befassen, sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Diese werden wir gewährleisten.

5. Strafvollzug

145. Der Strafvollzug dient der Resozialisierung der Gefangenen und dem Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten. Jede gelungene Wiedereingliederung eines Straffälligen in die Gesellschaft stellt zugleich einen wichtigen Beitrag zur Inneren Sicherheit dar. Wir wollen deshalb dem Strafvollzug in Bremen und Bremerhaven die notwendigen personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung stellen, damit er diese Aufgaben erfüllen kann. Den Gefangenen soll durch Arbeitsprogramme sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen, die Rückkehr in ein straffreies Leben erleichtert werden.

146. Die Qualität eines Strafvollzuges hängt maßgeblich auch von den Qualifikationen der Strafvollzugsbediensteten ab. Unser Ziel ist deshalb eine regelmäßige Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Wir wollen die Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen verbessern.

Zugleich wollen wir das System der Alternativen zum Strafvollzug behutsam ausbauen, soweit es effektiver und kostengünstiger arbeitet.

6. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

147. Die Feuerwehren in Bremen und Bremerhaven und die Rettungsdienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil der inneren Sicherheit. Wir werden ihnen einen verlässlichen Rahmen für die Instandhaltung und Erneuerung des technischen Gerätes sowie die Errichtung bzw. Vorhaltung der nach dem im Juli 1998 beschlossenen Strukturkonzept 'Feuerwehr 2000' erforderlichen Standorte bieten.

148. Die Gewährleistung des erforderlichen Personals sowie die Aus- und Fortbildung auf hohem Niveau in der Landesfeuerweherschule in Bremerhaven werden dazu beitragen, den hohen Standard beim Brandschutz und im Rettungswesen aufrecht zu erhalten. Auch den Freiwilligen Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und ihren im Katastrophenschutz tätigen Einheiten, die einen achtenswerten Ausdruck bürgerschaftlichen Gemeinsinns darstellen, ist unsere Unterstützung für eine verlässliche Entwicklung sicher.

VI. Die Selbständigkeit Bremens sichern

A. Die Sanierungsabkommen als politische Herausforderung

149. Mit der Zusage einer zweiten Sanierungszahlung über 7,7 Mrd. DM bis zum Jahr 2004 hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ihr Versprechen eingelöst und einen zentralen Beitrag zur Sicherung der Selbständigkeit des Landes Bremens geleistet.

Für unser Bundesland besteht damit die notwendige Haushaltssicherheit. Auf dieser Grundlage kann unser Gemeinwesen verlässlich planen. Investitionen, Personalausgaben und die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger können vorgenommen werden. Der Rahmen der Ausgabemöglichkeiten allerdings bleibt wegen der unzureichenden Steuereinnahme, der immer noch hohen Schuldenlast sowie unseren besonderen Leistungen als Stadtstaat unvermindert eng bemessen.

150. Es gehört zu den großen Erfolgen der Senatspolitik unter sozialdemokratischer Führung, beim Bundesverfassungsgericht den Anspruch auf zusätzliche Hilfen erstritten und dann auch in einem Sanierungsprogramm gegenüber dem Bund und den anderen Ländern eingelöst zu haben. 9,7 Milliarden DM sind durch diesen Weg schon 1992 zusätzlich nach Bremen geholt worden. Geld, das uns ermöglicht, über zusätzliche öffentliche Investitionen den wirtschaftsstrukturellen Wandel massiv zu unterstützen und so im Wirtschaftswachstum wieder Anschluß an den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Das Gesicht der Bremer Innenstadt verändert sich, wird moderner und ansprechender und weist Bremen als dynamische Großstadt aus. Umfangreiche Investitionsprojekte für die Seestadt Bremerhaven, den Bremer Westen und Bremen-Nord werden in dem Bewußtsein angepackt, daß wir das Oberzentrum Nordwestdeutschlands sind.

151. Wir erwarten, daß sich unter der neuen Bundesregierung die Rahmenbedingungen verbessern werden. Mit dem Bündnis für Arbeit und Ausbildung wird es auch in Bremen und Bremerhaven zu mehr Beschäftigung und einem besseren Lehrstellenangebot kommen. Die Politik der neuen Steuergerechtigkeit muß auch die Steuereffizienz erhöhen. Gegenüber den unseriösen Vorstößen Bayerns und Baden-Württembergs treten wir darüber hinaus für eine wirklich gerechte Finanzverfassung zwischen den Bundesländern ein. Wir haben unsere Steuereinnahmen schon in den letzten Jahren gesteigert. Aber wir müssen diese finanziellen Erfolge wie alle anderen Länder auch an die Gemeinschaft von Bund und Ländern abführen. Nach dem heutigen System wird Bremen durch Abgabe der Steuereinnahmen an die Gesamtheit der Länder zuerst „arm“ gerechnet und bekommt erst danach Teilbeträge als Ausgleichszuweisung zurück. Im Ergebnis haben wir trotz besserer Einnahmen nicht mehr Geld für den öffentlichen Haushalt zur Verfügung. Hier müssen

durchschaubare und den veränderten Aufgabenstellungen angemessene Regelungen gefunden werden.

Aus unserer Sicht geht es dabei hauptsächlich um die folgenden Ansatzpunkte:

- Im Rahmen einer grundsätzlichen Neugestaltung der originären Steuerverteilung muß das Prinzip der Lohnsteuerzahlung am Beschäftigungsort den Vorrang erhalten. Im Falle Bremens wie der anderen Stadtstaaten ist die Zuordnung der Steuerzahlungen von Berufspendlern entsprechend zu korrigieren. Denn auch diese Arbeitnehmer profitieren über ihren Arbeitsplatz von den wirtschaftsfördernden Leistungen Bremens und Bremerhavens.
- Gegen einen entsprechenden Ausgleich bei der allgemeinen Steuerverteilung sind künftig die Sozialhilfekosten unmittelbar durch den Bund zu übernehmen. Nur so kann erreicht werden, daß es zu einer Entlastung der Großstädte kommt, die von der Ballung sozialer Probleme besonders betroffen sind. Zugleich bleibt der grundgesetzlich verbrieft Anspruch gewahrt, allen Bürgern vergleichbare Lebensverhältnisse durch gleichmäßige Lastenverteilung einzuräumen.
- Die Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich muß auf einen Wert angehoben werden, der sich an den tatsächlichen Zusatzaufwendungen der Stadtstaaten für ihre Region orientiert. Nichts anderes geschieht bei den Großstädten in den Flächenländern, die seit jeher einen nach dem aktuellen Bedarf regulierten Ausgleich für infrastrukturelle Vorleistungen zugunsten des Umlandes erhalten.

Alle genannten Forderungen sollten in enger Absprache mit Hamburg und Berlin als gemeinsame Stadtstaateninitiative und mit Unterstützung anderer Länder in die bevorstehenden Verhandlungen um die Neugestaltung des Finanzausgleichs-gesetzes im Bund eingebracht werden.

B. Sanierungsabkommen und Eigenbeitrag

152. Der Kampf um die Selbständigkeit des Landes bedeutet aber auch die konsequente Konzentration auf die eigenen Kräfte. Sanierungshilfen werden nur für einen begrenzten Zeitraum gewährt. Danach muß die Notlage überwunden sein und das Land - verbunden mit einer allgemeinen Reform der Finanzverfassung - finanzwirtschaftlich wieder eigenständig handeln können. Der uns zur Verfügung stehende Ressourcenrahmen erfordert deshalb eine noch stärkere Überprüfung hinsichtlich notwendiger Aufgaben, erreichbarer Ziele und dazu eingesetzter Mittel. Die Gemeinden Bremen und Bremerhaven haben im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit auch zukünftig einen Beitrag zur Sanierung des Landes zu leisten.

Das Land Bremen seinerseits wird Bremerhaven in den Grenzen seiner Möglichkeiten weitere Hilfen zur Stärkung der eigenen Steuerkraft und zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur gewähren und dies im landesinternen Finanzausgleich absichern.

153. Wir wollen eine Fortsetzung unserer öffentlichen Investitionspolitik zur Stärkung der Wirtschaftskraft, zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie zur Pflege öffentlicher Anlagen und Einrichtungen (Stadtreparatur). Die Anteile der Investitionen am Gesamthaushalt soll auf dem Niveau anderer Länder und Städte verstetigt werden. Dabei wollen wir die Grundinvestitionen mittelfristig wieder stärken. Das auf die Sanierung des Landes bezogene Investitionssonderprogramm wollen wir weiter auf zentrale Strukturprojekte wie die Reaktivierung von Gewerbebrachen (alte Hafenviertel), den Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur sowie zentrale Verkehrsvorhaben (Stadtbahn und Autobahnring) ausrichten.

Zugleich wissen wir: Die Erhaltung des sozialen Friedens in unseren beiden Städten benötigt die Absicherung der sozialen, bildungsbezogenen, gesundheitlichen und kulturellen Infrastruktur. Die Selbständigkeit des Landes ist eine wichtige Voraussetzung dafür, ebenso wie sie sich umgekehrt daran messen lassen muß. Die SPD in Bremen und Bremerhaven stellt sich deshalb ausdrücklich der schwierigen Aufgabe, mit knappem Geld das Leistungsniveau der Städte zu halten. Das ist nicht einfach, aber es gibt Beispiele: So haben wir trotz der Haushaltsmisere den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht und setzen die zahlreichen neuen Richtlinien und Rechtstatbestände im Umweltschutz und der Entsorgung erfolgreich um. Der Schlüssel zum Erfolg sind die Reformen im öffentlichen Dienst, die im Bündnis für Arbeit und Ausbildung gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren gewerkschaftlichen Vertretungen umgesetzt werden.

C. In Partnerschaft für einen modernen Staat

154. Die Verwaltung muß sich im Sinne eines sozialen Gemeinwesens an den Interessen und Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern orientieren. Der Ausbau der Dienstleistungsangebote und die **Verbesserung der Dienstleistungsqualität als ständige Gestaltungsaufgabe** stehen im Mittelpunkt der begonnenen Verwaltungsreform, die wir weiter fortsetzen wollen. Mehr Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Aufgabenwahrnehmung darf dabei als Ziel nicht aus den Augen gelassen werden.

Bei öffentlichen Dienstleistungen darf es keinen Abstand zu den sonst in der Volkswirtschaft üblichen Standards geben. Sie müssen unter Beachtung von Tarifbedingungen und sozialstaatlichen Gesichtspunkten, wo immer möglich, kostengünstiger erbracht werden und sich mit ihrem Angebot insgesamt in dem finanzwirtschaftlich darstellbaren Rahmen der Sanierungsstrategie halten. Der Modernisierungsschub für den öffentlichen Dienstleistungssektor Bremens und der Umbau bisher zentraler, teilweise von Doppelarbeit geprägter Strukturen in dezentrale, möglichst eigenverantwortliche Aufgabenerledigung sind unvermindert fortzuführen.

Verwaltungsmodernisierung wird deshalb eine vorrangige Aufgabe der nächsten Legislaturperiode. **Unser Modernisierungsleitbild zielt auf den leistungsfähigen, aktivierenden und effizienten Stadtstaat.** Dabei geht es darum, den öffentlichen Dienstleistungssektor leistungsfähiger und wirksamer zu gestalten. Konservative Deregulierungspolitik, die einen schwachen Staat will, lehnen wir ab. Der öffentliche Dienstleistungssektor muß ein positiver Standortfaktor für die Region sein.

Im einzelnen geht es uns um folgende Aufgaben und Ziele

- Ein Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung liegt in der **Einführung des Neuen Steuerungsmodells (NSM)**. Bausteine der verwaltungsinternen Steuerung sind die Definition von Produkten und Produktgruppen, die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, der Aufbau von (Personal- und Finanz-) Controlling, die Dezentralisierung von Kompetenzen, insbesondere für die **dezentrale Haushaltssteuerung**. Durch diese Instrumente werden auch im öffentlichen Dienst mehr Wirtschaftlichkeit, Kostentransparenz und Kostenvergleiche möglich.
- **Öffentliche Dienstleistungen** in öffentlicher oder in privater Trägerschaft müssen **bürgernah und bezahlbar** sein. Die Qualität der Dienstleistungen (Qualitätsmanagement) ist ständig zu überprüfen durch Befragungen, Beurteilungen und einzubeziehender Verbesserungsvorschläge von Bürgerinnen und Bürgern. Bürgerbezogene Aufgaben der Verwaltung (Anmeldung, Verlängerung von Personalausweisen etc.) sind in allen Bürger- bzw. Ortsämtern anzubieten. Eine Personalentwicklung, die den Umbauprozess erfolgreich mitgestaltet, ist dringender denn je. Dabei ist die Qualifizierung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu fördern und ihre Rechte zu sichern. Weiterhin ist das Gebot der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der sozialstaatlichen Aufgaben in bezug auf Schwerbehinderte, benachteiligte Gruppen und leistungsgeminderte Beschäftigte zu beachten. Wir werden die gleichberechtigte Mitbestimmung nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz sichern und ausbauen, soweit dies aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts notwendig und möglich ist.
- Für die **Personalverwaltung** ist das Neue Steuerungsmodell konsequent umzusetzen; die Senatskommission für das Personalwesen (SKP) in ihrer jetzigen Aufgaben- und Organisationsform ist daher aufzulösen.

Personalrechtliche Entscheidungsbefugnisse sollen künftig dezentral von den Dienststellen und öffentlichen Betrieben wahrgenommen werden.

Die ressortübergreifenden Steuerungsfunktionen und Dienstleistungen des Personal- und Verwaltungsmanagements, z.B. Tarif- und Dienstrecht, Aus- und Fortbildung, Personalcontrolling, Organisations- und Personalentwicklung und Koordinierung der Verwaltungsreform, sind weiterhin in einem eigenständigen

- Arbeitsbereich eines Querschnittsressorts zusammenzufassen. Dabei muß die ämterübergreifende Mitbestimmung des Gesamtpersonalrats erhalten bleiben.
- Ein moderner Staat muß nicht alle gegenwärtig von ihm wahrgenommenen Aufgaben selber erfüllen. Aber er muß sicherstellen, daß die Aufgaben erfüllt werden. Wir werden im Prozeß der Verwaltungsmodernisierung die Kernbereiche und Kernfunktionen unseres Stadtstaates neu bestimmen. Der mit der **Neuordnung von Aufgabenfeldern** in der laufenden Legislaturperiode (Landesentwicklung, Kulturförderung, Liegenschaften und Bau- und Gebäudeservice) eingeleitete Prozeß muß zielgerichtet fortgesetzt werden. Dabei werden wir nach den sachlichen Anforderungen im Einzelfall entscheiden, welche Art der Aufgabenneuordnung sinnvoll und nützlich ist. Hierzu zwingen schon die abgesenkten Steuereinnahmen in unserem Land.
 - Für Querschnittsfunktionen der allgemeinen Verwaltung sind **Verwaltungsgemeinschaften** nach dem Grundsatz der Zusammenfassung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung voranzubringen. In Verbindung mit einer Qualitätsoffensive ist sicherzustellen, daß auch bestehende technologische Rückstände aufgeholt werden und die Möglichkeiten neuer Medien zielgerichtet genutzt werden.
 - Erhebliche Einsparpotentiale liegen in der konsequenten **Zusammenarbeitsorientierung** mit dem Land Niedersachsen und den niedersächsischen Nachbarkommunen, die zugleich den Verbleib der Arbeitsplätze in der Region sichern können. Auf beiden Ebenen, zwischen den Ländern wie interkommunal, sind die Möglichkeiten gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung in verschiedenen Verwaltungsbereichen wie Justiz, Verkehr und Gesundheit zu prüfen und ergebnisorientiert umzusetzen.

Der Umbauprozeß der Verwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Politik und Verwaltung. Beide Seiten haben sich über die Reformziele zu einigen.

155. Wir wollen die **demokratische Verantwortung für die Staatsmodernisierung und die Verwaltungsentwicklung wirksam wahrnehmen!** Dies ist durch ein noch zu verbesserndes Beteiligungscontrolling erreichbar. Zur Beibehaltung bzw. Stärkung der Steuerungsfunktion des Landes bzw. der Kommunen werden wir die notwendigen **Controlling-Instrumente** weiter verbessern und in den politischen Entscheidungsprozeß einführen. Dabei wird auch die politische Kontrolle neue Formen finden, insbesondere bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in privater Rechtsform.

156. Der Verkauf von öffentlichem Vermögen oder die Privatisierung allein stellen keine Reform der öffentlichen Verwaltung dar. Ziel sozialdemokratischer Haushalts- und Vermögenspolitik ist es vielmehr, alle öffentlichen Ressourcen unabhängig von ihrer Rechtsform auch in die gesamte öffentliche Aufgabenerledigung einzubeziehen und hierfür die notwendigen Organisationsformen zu wählen. Der Einsatz privaten Kapitals und damit der

Einbezug privatwirtschaftlichen Know- hows kann dabei in vielen Fällen sinnvoll und notwendig sein.

157. Der notwendige Umbau der öffentlichen Verwaltung und ihres Dienstleistungsangebots soll im Dialog mit den Beschäftigten auf der Basis des Personalvertretungsrechtes und des abgeschlossenen Verwaltungsreform-abkommens geschehen. Dabei wollen wir den öffentlichen Dienst in Bremen in ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung einbeziehen.

D. Engere Zusammenarbeit in der Nordwest-Region

158. Bremen und Bremerhaven fällt in der Nordwest-Region die Rolle von Oberzentren zu, die sie zusammen mit unseren niedersächsischen Nachbar-Gemeinden, -Landkreisen und kreisfreien Städten noch aktiver als bisher ausfüllen müssen. Die Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in der Europäischen Union läßt es immer dringlicher werden, die regionale Kooperation zu intensivieren. Es gilt deshalb, einen neuen, erheblich weiterreichenden Anlauf zu unternehmen, um mittelfristig die politische, ökonomische, finanzwirtschaftliche und kulturelle Handlungsfähigkeit der Nordwest-Region als eine Einheit aufzubauen.

159. Mit der `Gemeinsamen Landesplanung`, dem Kommunalverbund und der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Wesermünde verfügen Bremen und Bremerhaven sowie ihre niedersächsischen Nachbarn schon bisher über eingeübte Kooperationsinstrumente. Mit dem `Regionalen Entwicklungskonzept` steht erstmals eine fachliche Grundlage - wenn auch nur mit empfehlendem Charakter - für die Landes- und Kommunalgrenzen überschreitende Kooperation zur Verfügung. Dies ist ein notwendiger Schritt, um die Region nach innen zu konsolidieren und nach außen zu positionieren.

Die künftige Zusammenarbeit muß dringend weiter inhaltlich vertieft und organisatorisch effektiviert werden. Mit dem Stadtentwicklungskonzept hat Bremen seine oberzentrale Funktion herausgestellt. Es geht jetzt darum, diese Funktion in das fortzuschreibende regionale Leitbild einzubringen. Im übrigen muß die Kooperation mit den Umlandgemeinden vor allem in der Flächen- und Verkehrsplanung und Gewerbeentwicklung verbindlicher geregelt werden. Außerdem sollte die Moderation bei großflächigen Einzelhandelsansiedlungen, wie im Kommunalverbund eingeführt, auf andere Politikfelder übertragen und weiterentwickelt werden.

160. Es ist sofort die Planung zur Schaffung eines Autobahnanschlusses für den Weserpark und das Gewerbegebiet Osterholz/Mahndorf aufzunehmen und zu untersuchen ist, ob eine Umgehungsstraße für Uphusen gemeinsam mit dem Land Niedersachsen realisiert werden kann.

161. Darüber hinaus sollte Bremen (das Land mit seinen beiden Stadtgemeinden) seinen Nachbarn, dem Land Niedersachsen und den kommunalen Gebietskörperschaften in

der Region, zu Beginn der neuen Legislaturperiode anbieten, einen gemeinsamen Arbeitsausschuß aus Landes- und Kommunalpolitikern im Auftrag aller Beteiligten einzusetzen.

Der Auftrag des gemeinsamen Ausschusses sollte sein:

- einen umfassenden Interessenabgleich aller Beteiligten vorzunehmen und zu dokumentieren;
- auf dieser Basis Vorschläge zur Institutionalisierung einer einheitlich handlungsfähigen Region zu entwickeln;
- in Kenntnis der realen Konkurrenzen (u.a. bei der Wirtschaftsansiedlung) das gemeinsame Interesse aller, d.h. das Gesamtinteresse der Region zu bestimmen, in dem sich alle Beteiligten positiv wiederfinden können;
- insbesondere Vorschläge für eine umfassende Neugestaltung des Nutzen-Lasten-Ausgleichs (einschließlich seiner finanzwirtschaftlichen Bedingungen) zu entwickeln.

Bei den Vorschlägen zur Strukturreform der regionalen Zusammenarbeit ist sicherzustellen, daß alle Beteiligten in den neu zu schaffenden Instanzen und Organen demokratisch mitwirken und mitentscheiden können. Die Abgabe von Kompetenzen an gemeinsame Instanzen der Region darf zudem nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Selbständigkeit des Landes Bremen wie der beteiligten niedersächsischen Gemeinden und Landkreise auf Dauer erhalten bleibt.

E. Bremen in Europa

162. Seiner Stellung als Bundesland verdankt Bremen besondere Chancen einer direkten Mitwirkung im europäischen Einigungsprozeß. Den beiden Städten unseres Landes sind zudem bereits in der Vergangenheit zahlreiche Förderprogramme der EU zugute gekommen. Wir wollen Bremens europapolitisches Engagement zur Vertiefung der europäischen Integration verstärken und den Heranführungsprozeß der Staaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union unterstützen. Dabei gilt unser Engagement insbesondere der Flankierung der Währungsunion durch eine europäische Sozialunion sowie der Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie und einer Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik. Wir begrüßen die Vorschläge der sozialdemokratisch regierten Mitgliedsstaaten für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Europa.

Im einzelnen werden wir besonders für die folgenden Zielsetzungen eintreten:

- Wir unterstützen das Gebot des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa und setzen uns dafür ein, daß europaweit mehr gegen soziale Ausgrenzung und deren Ursachen getan wird.

- Wir begrüßen die Fortschritte zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau auf europäischer Ebene und werden dazu beitragen, auch in Bremen mehr Chancen für Frauen in Beruf und Gesellschaft zu schaffen.
- Wir werden die internationalen Kooperationen im Bereich Wissenschaft und Forschung weiter ausbauen und so auch in Zukunft den Rang Bremens als europäisches Forschungs- und Technologiezentrum stärken.
- Wir begrüßen unter verkehrs- und umweltpolitischen Gesichtspunkten die Planung transeuropäischer Verkehrsnetze, insbesondere im Bereich von Schiene und Seeverkehr.
- Bremen wird sein eigenständiges Profil als Zwei-Städte-Staat und Land mit starken kommunalen Strukturen auf europäischer Ebene im Ausschuß der Regionen zum wechselseitigen Nutzen der dort vertretenen Kommunen und Regionen einbringen.

Insbesondere werden wir darauf hinwirken, daß für Bremen ein europapolitisches Konzept entwickelt wird. Im Rahmen der AGENDA 2000 wird es darauf ankommen, den Aufwärtstrend in Bremen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union fortzuführen.

Index

A

A 281 · 42
Abgeordnete · 65
ABM · *Siehe* Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen
Abwanderung · 36, 39
AGENDA 2000 · 78
Agenda 21 · 9, 37, 45, 48, 56
Aids · 60
ArbeitnehmerInnen · 18, 21, 39, 72
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen · 19
Arbeitsgemeinschaft Wesermünde · 76
Arbeitslosigkeit · 7, 18, 19
Arbeitsmarktpolitik · 7, 8, 11, 17, 18, 19, 20, 28, 53
Arbeitsplätze · 7, 8, 9, 11, 12, 13, 17, 18, 20, 22, 35, 52, 72, 75
Arbeitszeit · 18
Armut · 52, 53, 54
Ausbildung · 6, 17, 26, 29, 58, 67, 71, 73, 76
Ausbildungsverbund · 17
Ausländer · 58, 59
Ausschuß · 65, 77
Ausschuß der Regionen (EU) · 78
Autobahnring · 42, 73
Automobilbau · 9

B

B 212 · 43
BAP · *Siehe* Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
behinderte · 64, 74
Behinderte · 25, 54, 56, 57, 62
Beirat · 65
Berufsausbildung · 17, 27, 59
Berufsschule · 18
Beschäftigung · 7, 8, 11, 17, 19, 20, 67
· illegale · 20
Beschäftigungsförderung · 19, 57
Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm · 19
Beschleunigtes Verfahren · 68
Beteiligung von BürgerInnen · 65
Bildung · 22, 23–26, 23, 24, 25, 27, 35, 52, 55, 68
Bildungsangebot · 11, 24, 25, 30, 54, 63
Bildungssystem · 23, 24
Bildungswesen · 22, 24, 26
Binnenmarkt · 8
Borgfeld · 40, 43, 49
Bremer Haus · 41
Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) · 8
Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum
15
Bremisches Bündnis für Arbeit und Ausbildung" ·
7
BRIG · *Siehe* Bremerhavener Innovations- und
Gründerzentrum
Bundesregierung · 6, 13, 17, 20, 22, 54, 59, 63,
71
Bündnis für Arbeit und Ausbildung · 7, 71, 73, 76

Bürgerantrag · 65
Bürgermedien · 35
Bürgerrecht · 56, 65
Bürgerschaft · 6, 14, 22, 39, 65
Büropark "Oberneuland" · 45

C

Chancengleichheit · 24, 26, 29, 31, 33, 52–64, 55,
77
CO₂ · 50

D

Datenkommunikation · 35
Datenschutz · 66, 67
Dienstleistung · 8, 10, 11, 12, 14, 16, 17, 46, 58,
73, 74, 76
· der Verwaltung · 65
· öffentliche · 73, 74
Dienstleistungssektor · 73, 74
Duales Systems · 27

E

Ehlersdamm · 40
Elektrotechnik · 9
Entwicklung · 10, 11, 12, 14, 15, 17, 18, 23, 24,
27, 28, 29, 30, 31, 38, 49, 50, 54, 63, 65, 66,
70
· innerstädtische · 43
· nachhaltige · 37
· ökologisch verträgliche · 37
· städtebauliche · 37
· technische · 17
· umweltverträgliche · 37
· wirtschaftliche · 45
Euro · 8
Europa · 6, 22, 77
Europäische Union · 20, 76, 77, 78
Europäischer Sozialfonds · 18, 19
Existenzgründung · 15
· Existenzgründungsfonds für Frauen · 11
· Existenzgründungsprogramm · 11
· von Frauen · 11
EXPO 2000 · 12

F

Faulenquartier · 40
Fernsehen
· digitales · 35, 36
Feuerwehr · 69
· Feuerwehr 2000 (Strukturkonzept) · 69
· Freiwillige Feuerwehr · 70
· Landesfeuerwehrschule · 70
Filmkultur · 36
Flughafen · 14, 42, 43



Forschung · 10, 11, 12, 22, 27, 28, 29, 32, 78
Frau und Beruf · 19
Freizeit · 12, 14, 40, 41, 42, 46, 55, 56, 60
Fun-Park · 56
Fußgänger · 42, 44

G

Galopprennbahn · 61
Gemeinsame Landesplanung
 Bremen/Niedersachsen · 76
Gemeinwesen · 7, 23, 33, 52, 71, 73
Gesellschaft · 6, 12, 19, 23, 24, 33, 52, 55, 56,
 60, 66, 67, 68, 69, 78
Gesetzgebung · 56
Gesundheit · 11, 17, 48, 52, 60, 61, 62, 75
Gesundheitspolitik · 62
Gewalt · 66, 67, 68
Gewerbegebiet · 14, 15, 46, 48
Gewoba · 38, 39
Gleichstellung
 homosexueller Menschen · 59–60
 von Frauen und Männern · 6, 74
Globalisierung · 8
Grambke · 61
Gröpelingen · 53
Grundschule · 24, 25

H

Häfen · 12, 13, 14, 15, 35, 40
Hafenpolitik · 8
Halbtagschule · 25, 56
Handwerk · 9, 15, 16, 50
Hemelinger Marsch · 14, 45
Hochschule · 10, 22, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33,
 47, 50, 62
Homosexualität · 59
Huchting · 52

I

Identität · 59
 sexuelle · 59
Industriepark · 47
 Bremer Industriepark · 14
 Industriepark West · 45
Informations- und Kommunikationstechnologie ·
 10, 15
Informationsgesellschaft · 22, 23
Infrastruktur · 15, 36, 39, 44, 47, 53
 kulturelle · 73
 öffentliche · 12, 73
 pflegerische · 58
 soziale · 52, 54
 Sport- · 60
 touristische · 11, 12
 wirtschaftliche · 14
 wissenschaftliche · 22, 28, 73
Innenstadt · 11, 40–41, 44, 49, 71
Innere Sicherheit · 66–70
Innovation · 6, 11, 28

Integration · 8, 19, 24, 25, 29, 35, 38, 45, 53, 54,
 55, 58–59, 58, 59
Integriertes Weiterbildungs-Informationssystem
 (IWIB) · 27
Internet · 23
IuK · *Siehe* Informations- und
 Kommunikationstechnologie
IWIB · *Siehe* Integriertes Weiterbildungs-
 Informationssystem

J

Jugendarbeit · 55, 56
Jugendarbeitslosigkeit · 17, 55
Jugendkriminalität · 66
jugendliche · 56
Jugendliche · 17, 18, 24, 25, 26, 38, 55, 56, 60,
 68
Jugendpolitik · 55–56, 55, 56
Justiz · 66–70

K

Katastrophenschutz · 69, 70
Kinder · 6, 23, 24, 25, 34, 37, 38, 39, 53, 55, 56,
 57, 60, 62, 66, 68, 69
 behinderte · 25
Kindergärten · 40, 52, 55
Kinderkriminalität · 66
Kinderpolitik · 55–56
Kleingarten · 41
Klimaschutz · 50
Krankenhäuser · 52, 58, 62, 63
Kriminalität · 66, 67
Kultur · 22, 23, 33–35, 40, 59

L

Länderfinanzausgleich · 39, 72
Landesplanung · 47
Landesverfassung · 59, 60, 61, 66
Lebensverhältnisse · 61, 72
Lehre · 27, 28, 30, 33
Leitziele · 6
Lohnnebenkosten · 20
Luft- und Raumfahrt · 9, 22

M

Magistrat · 22
Mahndorf · 44, 76
Medien · 10, 26, 33, 75
Medienlandschaft · 35
Menschenrecht · 27
Mitbestimmung · 31, 55, 56, 57, 74, 75
Mittelstand · 7, 9, 15, 16
Mypegasus · 19

N

Nachhaltigkeit · 8, 15, 37, 45
Nahrungsmittelindustrie · 9
Naturschutz · 49
Naturschutzgebiet · 15, 43

O

Obervieland · 52, 56
Oberzentrum · 8, 42, 43, 71
Ocean-Park · 11, 12
Offener Kanal (OK) · 35, 36
öffentlich-rechtliche Sender · 35
Opferschutz · 69
ÖPNV · 11, 14, 41, 43, 44, 46, 47
Orientierungsstufe · 25
Oslebshausen · 46
Osterholz · 40, 76
Osterholzer Feldmark · 40, 50
Ostertor · 41

P

Parlamentsreform · 65
Perspektive · 6, 7, 16, 20, 45, 53, 61, 67
Polizei · 59, 66–68
Presse · 35
Privatsender · 35
Privat-Universität · *Siehe* Universität
Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" · 53
Programm „Hilfen zur Arbeit“ · 20
Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ · 38, 54
Programm U 27 · 20
Promotion-Park · 40

Q

Qualifizierungsmaßnahme · 20

R

Radfahrer · 44
Radio Bremen · 35
Raumfahrt · *Siehe* Luft- und Raumfahrt
Region · 6, 12, 14, 28, 30, 31, 36, 42, 47, 48, 72, 74, 75, 76, 77
Regionales Entwicklungskonzept (Bremen/Niedersachsen) · 76
Regionalpolitik (der EU) · 77
Rehabilitation · 57
Rembertiring · 40
Rentenpolitik · 57
Rettungsdienst · 69
Rhododendronpark · 49, 50
Rohstoffe · 22
Rundfunk · 35

S

Scheinselbstständigkeit · 20
Schiffbau · 9
Schulen · 18, 22, 23, 24, 25, 26, 40, 55, 60, 62
 MTA-Schulen · 63
Schwarzarbeit · 20, 21
Schwimmbäder · 54
Sekundarstufe I · 24, 25
Sekundarstufe II · 24
Selbstbestimmung · 57, 60, 61
Selbsthilfegruppe · 52
Skate-Board-Bahn · 56
Sozialhilfe · 20, 53, 54
SozialhilfeempfängerInnen · 20, 53
Sozialpolitik · 53, 57, 59, 63
Sozialstaat · 6
Space-Park · 11
Sport · 60–61, 60, 61
Sportanlagen · 61
Sportförderung · 61
Sportgarten · 53, 56
Sporthallen · 61
Sportpark · 61
Sportpolitik · 60
Sportunterricht · 60
Sportvereine · 54, 56, 60, 61
Sport-WAP · 61
Stadt am Fluß · 12, 40
Stadt am Meer · 12
Stadtverordnetenversammlung · 22, 65
Stahl · 9
START-Modell · 19
Stäwog · 39
Stephanieviertel · 41
Strafvollzug · 68, 69
Streichelzoo · 53
Strukturwandel · 7, 10, 17, 30
Studiengebühren · 29

T

Täter-Opfer-Ausgleich · 68, 69
Taxiverkehr · 44
Technologiepark · 10, 14, 15, 30, 47
Tourismus · 11, 12, 17, 40

U

Umweltpolitik · 48, 50
Umweltschutz · 14, 20, 32, 45, 48, 49, 50, 73
Umwelttechnologie · 9, 15, 32, 50
Universität · 10, 14, 22, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 50, 62
Unterricht · 18, 26
Unterrichtsversorgung · 24
Unterweser · 12, 43
Uphusen · 76

V

Vahr · 61
Verantwortung · 26, 37, 75
Verbrechen · 66
Verkehrspolitik · 8, 42
Versorgung · 38, 41, 53, 63
 ärztliche · 63
 geriatrische · 58
 medizinische · 61
 mit Schulen · 24
 ÖPNV · 44
Volksbegehren · 65
Volksentscheid · 65

W

Wahlalter · 65
Wahlrecht · 65
Wallanlagen · 49

Wasser · 13, 40, 51, 67
Wasserverschmutzung · 48
Weiterbildung · 6, 18, 23, 26, 27, 30
Weserpark · 43, 76
Wettbewerb · 8, 9, 13, 15, 16, 20, 47
Wirtschaftsansiedlung · 45, 77
Wirtschaftsförderung · 9, 16, 19, 45, 48
Wirtschaftspolitik · 7, 8, 9, 15, 50
Wirtschaftsstrukturpolitik · 7, 8, 10, 14, 30
Wirtschaftswachstum · 7, 8, 71
Wissenschaft · 10, 22, 78
Wissenschaftstransfer · 30
Wohnheim · 57
Wohnungsbau
 sozialer · 37, 38

Z

Ziele · 6
Zoo am Meer · 12

